

Stuttgart 2020 – Perspektiven für die Zukunft der Stadt

Beschlossen auf dem CDU-Kreisparteitag am 27. September 2007

CDU-Kreisverband Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 34, 70174 Stuttgart, Telefon: 0711 / 2 38 73-0, Telefax: 0711 / 2 38 73-50

Herausgeber: Dr. Christoph E. Palmer MdL, CDU-Kreisvorsitzender
für den CDU-Kreisverband Stuttgart
Theodor-Heuss-Straße 34
70174 Stuttgart

Redaktion: Dr. Donate Kluxen-Pyta

Gestaltung: Roger Schenk, CDU-Kreisgeschäftsführer

Auflage: 1.500 Stück

Stand: November 2007

Inhaltsverzeichnis:

Präambel.....	4
Guter Start in Stuttgart: Bildung und Betreuung.....	5
2020: Demografischer Wandel prägt Stuttgart.....	6
Weltoffenes Stuttgart – gelingende Integration.....	7
Mitmachen Ehrensache – Partizipation in Stuttgart.....	8
2020 - Stuttgart innovative Metropole mit aktiver Bürgergesellschaft.....	9
Wirtschaftsstandort Stuttgart.....	10
Exzellenz in Wissenschaft und Forschung.....	12
Solide Finanzen schaffen Gestaltungsspielräume.....	13
Kommunale Daseinsvorsorge.....	13
Solidarische Stadtgesellschaft.....	14
Sportstadt Stuttgart - Bewährtes bewahren Innovatives wagen.....	15
Stuttgart – Kulturmetropole 2020.....	16
Verkehr - Mobilität gewährleisten und umweltverträglich gestalten.....	17
Umweltschutz und Raumplanung in Stuttgart.....	19
Sicheres Stuttgart.....	20
Stuttgart in der Region.....	21
Entscheidende Weichenstellung: Stuttgart 21 – Baden-Württemberg 21.....	22
Stuttgart 2020 – modernes Image für Stadt und Region.....	23
Mitglieder der Perspektivkommission „Stuttgart 2020“.....	24

Präambel

Stuttgart hat sich zu einer der wirtschaftsstärksten, dynamischsten und attraktivsten Großstädte Deutschlands entwickelt. Stuttgart steht nicht nur für Stabilität, Sicherheit und Wirtschaftskraft sowie eine gute Ausbildung in allen Sparten, sondern immer mehr auch für Lebensqualität, Weltoffenheit, soziale Sensibilität, Innovation und Kreativität. Wir wollen die traditionellen Stärken der Stadt und ihrer Region fortsetzen, neu entstandene Stärken ausbauen und die Entwicklungspotenziale weiter anregen.

Stuttgart nimmt seine Rolle als Landeshauptstadt von Baden-Württemberg mit Sitz von Parlament und Regierung sehr bewusst wahr. Stuttgart ist das Zentrum eines der stärksten Bundesländer in Deutschland, das sich zu einer der erfolgreichsten Regionen in Europa entwickelt hat.

Stuttgart 2020 soll für uns eine Stadt mit vielfältigen Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, mit besten Chancen für jeden Einwohner, mit Lebensqualität und hoher Zufriedenheit, mit einem toleranten Miteinander der Menschen unterschiedlicher Prägung in der allen gemeinsamen Stadt sein. Dafür stehen wir ein!

Die CDU Stuttgart hat viele wichtige Weichenstellungen und Entscheidungen für die Stadt geprägt. Seit über 30 Jahren sind wir die stärkste Partei im Rathaus und stellen die Oberbürgermeister Manfred Rommel und Wolfgang Schuster. Wir sind die maßgebliche politische Kraft in Stuttgart. Tradition und Innovation zu vereinen, mit einer realitätsnahen Politik bei den Menschen zu sein, Chancen für Entwicklungen zu erkennen und zu ergreifen ist unser Credo als politische Partei und auch unser Markenzeichen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln.

Stuttgart ist eine Großstadt mit einer anhaltend dynamischen Entwicklung – und es ist Verpflichtung einer verantwortlichen und klug vorausschauenden Politik für unsere Stadt, die Zukunft vorzubereiten. Das Investitionsklima in Stuttgart ist hervorragend; es lohnt sich für Unternehmen aus allen Teilen der Welt, hier zu investieren. Wie wird Stuttgart im Jahr 2020 aussehen? Welche Probleme, welche Chancen wird es haben? Was muss die Politik heute dafür tun und angehen?

Die Stuttgarter CDU hatte zu diesen wichtigen Fragen eine „Perspektivkommission“ berufen, in der Experten nicht nur aus der Politik, sondern aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens vertreten waren. Vertreter von Sport und Kultur, Migranten, Familien und Senioren, Kirchen, Vereinen und Verbänden, Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Umweltschutz, Architektur-, Verkehrs- und Stadtplanung sowie aus der Region haben intensiv über Stuttgart 2020 diskutiert. Der Bericht der Perspektivkommission wurde auf einem Kreisparteitag der CDU Stuttgart am 27. September 2007 nach intensiver Diskussion mit über 160 Änderungsanträgen einstimmig verabschiedet.

Stuttgart, im November 2007


Dr. Christof Palmer MdL
Kreisvorsitzender


Dr. Donata Kluxen-Pyta

Guter Start in Stuttgart: Bildung und Betreuung

Bildung ist der **entscheidende Schlüssel** für die Chancen eines jeden, an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben und seine Potenziale zu entfalten. Bildung ist zudem ein entscheidender Faktor für die Innovationskraft unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen die **besten Startbedingungen** und Chancen. In unserer Stadt müssen ihnen ausreichende und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen aller Formen zur Verfügung stehen.

Bildung fängt bereits im **Vorschulalter** an. Spätestens im Jahr 2020 besteht für Kinder unter 3 Jahren ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten. Für jedes Kind ab 2 Jahren steht bei Bedarf ein Platz in einer Kindertagesstätte zur Verfügung. Dort wird es nicht nur gut betreut, sondern auch systematisch gefördert. Der **Kindergarten** hat sich zur Bildungseinrichtung weiter entwickelt, in der die Grundkompetenzen der Kleinen ganzheitlich gestärkt werden – allen voran die sprachliche Ausdrucksfähigkeit, aber auch die motorischen, ästhetisch-musikalischen, sozialen, kognitiven und technischen Fähigkeiten. Mit dem flächendeckenden Konzept „Einstein“ verfügt jeder Kindergarten über ein Instrumentarium der individuellen Beobachtung und Förderung der Kinder. In unseren Kindergärten fehlen heute noch technische Inhalte und bewegungsintensive Spiele. Außerdem sind mehr männliche Erzieher für den Kindergarten und mehr männliche Lehrkräfte für die Grundschule zu gewinnen.

Die gemeinsame Sorge für die Entwicklung des Kindes ist Grundlage einer **Erziehungspartnerschaft** zwischen Eltern und Kindergarten. Familie ist der erste Ort, wo Kinder Liebe erfahren und Sicherheit und Werte für ihr Leben erhalten. Erziehung ist in erster Linie Recht und Pflicht der Eltern; sie brauchen aber bei dieser Aufgabe Unterstützung durch Angebote der Erziehungsberatung und -hilfe und eine Stärkung ihrer Erziehungskraft. Der Kindergarten ist dabei auch Teil eines lokalen Netzes an Hilfsangeboten für Eltern mit Beratungsbedarf. Die Grundschule knüpft an die Förderung des Kindergartens an; der Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule wird gleitend.

Die Schulen in Stuttgart werden bis zum Jahr 2020 überwiegend **Schulen mit Ganztagsangeboten** sein. Dafür brauchen sie einen klaren qualitativen Rahmen: Vor- und Nachmittag müssen durch ein gemeinsames pädagogisches Konzept geprägt und verbunden sein. Provisorische oder Notlösungen ebenso wie dauernd wechselnde oder Zufallsangebote sorgen nicht für die notwendige Schulqualität. Die Ganztagschule schafft die Möglichkeit einer neuen Rhythmisierung von Arbeits-, Ruhe- und Bewegungspausen. Das Zusammensein über den Vormittag hinaus muss auch für die Förderung des sozialen Miteinanders der Schüler genutzt werden und die Kooperation mit dem Freizeitbereich einschließen. Beim weiteren Ausbau der Ganztagesangebote ist es wichtig, dass alle Schularten daran teilhaben und dass die Entscheidung darüber, in welchem Rahmen die Ganztagesangebote in Anspruch genommen werden, weiterhin den Familien selbst überlassen bleibt.

Bislang werden neue Bildungsansätze nur verhalten umgesetzt. Die **schulische Bildung** muss zu mehr Lernfreude und Selbstlernen führen. Mit den Bildungsplänen hat das Land den Schulen mehr pädagogische Freiheit eingeräumt; die vorhandenen Spielräume müssen sie zur Profilbildung wie zur individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen nutzen. 2020 sehen wir eine Schullandschaft in Stuttgart, die von hoher Qualität, von pädagogischer Innovation und Effizienz geprägt ist und – gemeinsam mit den Eltern – die Jugendlichen als eigenständige und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten entlässt. Wir setzen auf ein begabungsförderndes, differenziertes und durchlässiges Schulsystem. Schulkleidung kann sinnvoll sein, um die Schulgemeinschaft zu fördern und zur Chancengleichheit von Schülern unabhängig von der sozialen Herkunft beizutragen; die Entscheidung ist auf Schulebene zu treffen.

Stuttgarter Ansätze sollen für eine **hochwertige Bildungs- und Betreuungslandschaft** sorgen. Kernpunkte sind:

- Eine **Öffnung der Einrichtungen für den Stadtteil**: Das breite Bildungs- und Erfahrungsspektrum von Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen im Umfeld der Kinder kann so einbezogen und ihre Neugier mit Beispielen aus dem Leben geweckt werden z.B. durch Senioren, die Kirchen, Vereine, Unternehmen usw.
- Die Einrichtungen für die Betreuung und Bildung unserer Kinder benötigen **Spielraum** in ihren Entscheidungen, um innovative und individuelle Konzepte entwickeln und umsetzen zu können. Dazu gehören mehr Kompetenzen hinsichtlich der Bewirtschaftung eines Budgets und der Personaleinstellung.

- Diese innovativen Konzepte sollen zu einem ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebot in jedem Stadtteil führen, in das die örtlichen Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Vereine und Kirchen integriert sind und dies als **gemeinsame Aufgabe** verstehen.
- Die **Schulsozialarbeit** soll zur Unterstützung der Lehrkräfte ausgebaut und – soweit erforderlich und finanziell möglich – an allen Schularten eingeführt werden. Die Zusammenarbeit der Schulen mit Einrichtungen der Jugendarbeit ist weiter zu intensivieren.
- Bildung und Betreuung müssen gemeinsame und gleichzeitige Aktivitäten sein. Dazu ist eine **Qualitätsoffensive für Erzieher/innen und Lehrkräfte** nötig, die die aktuelle Bildungsdiskussion aufnimmt und eine Antwort durch eine berufsbegleitende Weiterbildung und Fachberatungen bietet.
- Für Schulen, auch für Kindertagesstätten, müssen **Erfahrungen aus dem Wirtschaftsleben** wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit werden. Hierzu leisten Praktika in und Lern- und Bildungspartnerschaften mit Unternehmen einen wichtigen Beitrag.
- Die **Förderung des Wettbewerbs und der Transparenz** der Angebote von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wird ein zusätzlicher Motor für höhere Qualität und flexiblere Betreuung. Dazu muss die finanzielle Förderung vergleichbar und die Wahl der Einrichtungen den Eltern überlassen werden.
- Die Schule der Zukunft ist als Lern- und Lebensraum durch ein **positives Lern- und Kreativitätsklima** geprägt. In ihr muss sich die gesamte Bandbreite unterschiedlicher Begabungen der Schüler und Schülerinnen optimal entfalten können. Mit individueller Förderung sollen Schwächere soweit als möglich mitgenommen und Leistungsstarke zu wirklichen Spitzenleistungen befähigt werden.
- Politik und Verwaltung sind gefordert, eine zeit- und bedarfsgemäße Bildung und Betreuung sicherzustellen und für **Verlässlichkeit** zu sorgen.

Ziel aller schulischen und außerschulischen Angebote muss die Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen sein. Die Schule legt den entscheidenden Grundstein für einen Prozess des lebenslangen Lernens. Jeder Schüler soll zu einem erfolgreichen und qualifizierten Abschluss geführt werden.

2020: Demografischer Wandel prägt Stuttgart

Die Bevölkerung in Deutschland und in Stuttgart wird immer älter. Das **Durchschnittsalter** der Stuttgarter ist von 38,8 Jahre in 1975 auf 42,0 Jahre in 2004 **angestiegen**. In Stuttgart leben mittlerweile mehr Menschen im Alter von 65 Jahren und älter (98.000) als Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (91.000). Die Relation der Personen im Rentenalter zu den Erwerbsfähigen liegt derzeit bei 23 zu 100 und wird sich bis 2030 in Stuttgart auf 36 erhöhen. Von den derzeit 133.000 in Stuttgart lebenden Paaren haben nur 55.000 Kinder (41 Prozent).

Der daraus resultierende demografische Wandel verändert alle Bereiche der Gesellschaft; gerade auch die Kommunen sind davon stark betroffen. Das Potenzial an erwerbsfähigen Männern und Frauen wird kleiner werden, die Zahl der kreativen Köpfe geringer. Es wird sich daher ein **Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte, Studierende und Einwohner** insgesamt im nationalen und europäischen Maßstab entwickeln. Stuttgart und seine Region müssen ihre ganze Attraktivität entfalten und auch deutlich zeigen, um die entstehenden Verluste auszugleichen und die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Die besorgniserregende Abwanderung von qualifizierten Deutschen ins Ausland soll gestoppt werden.

Wir setzen darauf,

- das Ja zu Kindern in der Gesellschaft zu fördern und Familien mit Kindern zu unterstützen,
- die Qualifikation der Menschen zu verbessern und die geringer werdenden Potenziale so besser und intensiver auszuschöpfen,
- die Fähigkeiten von Bürgern mit Migrationshintergrund besser zu nutzen,
- die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen,
- die Kompetenzen der älteren Generation mehr zu nutzen, sie länger im Erwerbsleben zu halten und besser in das politische und gesellschaftliche Leben einzubinden.

Wir setzen auf einen neuen Generationenvertrag mit der **älteren Generation**:

- Die Wirtschaft wird künftig mehr denn je auf qualifizierte ältere Arbeitnehmer angewiesen sein. Wir erwarten von Arbeitgebern, dass sie ältere Arbeitnehmer länger und bedarfsgerecht am Arbeitsleben beteiligen. Wir unterstützen flexible Modelle zum Übergang vom Erwerbsleben in die Rente und die Möglichkeit von Teilzeitarbeitsplätzen statt starrer Altersgrenzen.

- Wir ermuntern Senioren, ihr Wissen und Können in die Gemeinschaft einzubringen, wie dies z. B. der pensionierte Manager als Schuldnerberater oder die Rentnerin als Lesepatin tut. So können die Erfahrungen der Senioren für die Gemeinschaft genutzt und entfaltet werden. In der seniorenaktiven Stadt können Senioren ihre Lebenserfahrung ins Bildungssystem einbringen.
- Wir unterstützen generationenübergreifende Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements. Generationen können voneinander lernen und von unterschiedlichen Lebenserfahrungen profitieren.
- Wir wollen das möglichst lange selbst bestimmte Leben der Senioren fördern und unterstützen. Dabei helfen Netzwerke und Hilfsangebote, die aber nicht nur punktuell sein dürfen. Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen sind neue Lebensformen für ältere Menschen, die wir fördern wollen. Eine Vermittlungsorganisation für Senioren-Wohngemeinschaften ist einzurichten.
- Ein lebens- und liebenswertes Stuttgart bestimmt sich nicht zuletzt durch eine seniorengerechte Infrastruktur. Hierzu gehören kulturelle und beratende Institutionen und ein dichtes Netz von Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Wir setzen auf einen neuen Generationenvertrag mit der **jüngeren Generation**:

- Kinderfreundliche Rahmenbedingungen erleichtern die Entscheidung für Kinder. Ein modernes Familienbild sorgt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Bedenken gegen eine bedarfsgerechte frühzeitige oder ganztägige Betreuung bestehen nicht.
- Einer der häufigsten Gründe für junge Menschen, auf Kinder zu verzichten, selbst wenn der Kinderwunsch ausdrücklich vorliegt, ist mangelnde Zuversicht in die Zukunft. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen müssen daher stimmen, damit Menschen optimistisch und vertrauensvoll in die Zukunft blicken und Mut zum Kind finden.
- Durch die individuelle Förderung sowohl von Wohneigentum als auch von günstigen Mietwohnungen für Familien kann der Abwanderung in das Umland entgegen gewirkt und die soziale Mischung in der Stadt erhalten werden.
- Durch eine Ausweitung des Angebots an Studentenwohnplätzen erweitert Stuttgart seine Attraktivität als Studien- und Wohnort für jüngere qualifizierte Menschen in der Ausbildungsphase und schafft die Grundlage dafür, diese Menschen auch dauerhaft an die Stadt zu binden.
- Sinkende Kinderzahlen dürfen nicht sinkende Ausgaben für Kinder und Jugendliche zur Folge haben: Die finanziellen Ressourcen, die durch den Geburtenrückgang frei werden, müssen im Bereich der Bildung und Betreuung bleiben, um die Qualität des Angebots weiter zu verbessern.
- Ein lebens- und liebenswertes Stuttgart bestimmt sich nicht zuletzt durch eine kinder- und familiengerechte Infrastruktur. Stuttgart muss eine kinderfreundliche Stadt sein und bleiben.
- Die Generationenbeziehungen zwischen Kindern, Eltern und Großeltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden.

Weltoffenes Stuttgart – gelingende Integration

Im Jahr 2004 betrug der Anteil ausländischer Staatsbürger in Stuttgart 22,1 Prozent, es leben 170 Nationen friedlich in Stuttgart zusammen. Der Anteil der **Stuttgarter mit Migrationshintergrund** beträgt insgesamt 34 Prozent; er wird bis 2020 weiter ansteigen. 60% der Kinder in Stuttgart sind schon heute Migrantenkinder.

Das „**Stuttgarter Bündnis für Integration**“ gilt als vorbildlich und ist bereits mehrfach ausgezeichnet worden. Dahinter steht die Überzeugung: „Wir leben und sprechen miteinander“. Stuttgarter Bürger mit und ohne Migrationsgeschichte leben, arbeiten und reden miteinander auf der Basis gemeinsamer Werte. Rund 3.000 Einbürgerungen erfolgen z.B. jährlich, 60.000 eingebürgerte Deutsche und 38.000 Aussiedler leben bereits in der Stadt. Integration bedeutet für uns Akzeptanz kultureller Verschiedenheit bei allgemein geteilten und gelebten Grundwerten auf der Basis des Grundgesetzes. Zu diesen Werten gehören Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Integration setzt die Bereitschaft beider Seiten voraus. Wir wollen das Stuttgarter Bündnis für Integration fortsetzen und weiter entwickeln.

Die Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund ist durchschnittlich jünger als die einheimische Bevölkerung. So sind 60 Prozent der Migranten in Stuttgart jünger als 40 Jahre, aber nur 47 Prozent der Deutschen. Wer dauerhaft in Deutschland leben möchte, soll sich im Alltag der deutschen Sprache bedienen. **Migrantenkinder** sind aber oft schlechter ausgebildet als die deutschen Schüler; als zentrales Problem erweisen sich dabei immer wieder fehlende deutsche Sprachkenntnisse. Der Integrations- und Aufstiegszweck ist da: Wo sich aus Sicht der Menschen realistische Möglichkeiten bieten, werden diese genutzt – während zum Beispiel die Zahl

der deutschen Selbstständigen im Land von 1989 bis 1999 um 15 Prozent zugenommen hat, stieg die Zahl bei den Selbstständigen ohne deutschen Pass weit stärker um sogar 50 Prozent.

Während im Jahre 2003 der Anteil der Muslime in der Stadt bei geschätzten 12 Prozent lag, so sind bis zu 20 Prozent der Mütter bei Geburt Muslime; deren Anteil wird steigen. Muslime sind nach Protestanten und Katholiken die drittgrößte Religionsgemeinschaft der Stadt.

Forderungen:

- Chancengerechtigkeit ist erst erreicht, wenn alle Kinder bei Schuleintritt auf gleichem Niveau deutsch sprechen können. Der **Spracherwerb** muss bereits im Kindergarten stattfinden, der Kindergarten wird sich daher verändern - auch in Richtung Sprachschule. Dies führt zu neuen Aufgaben für Erzieherinnen. Im Alter von 3 Jahren wird die sprachliche Entwicklung aller Kinder getestet und ggf. mit gezielten Maßnahmen gefördert. Die Sprache ist als Mittel zum Zweck auch für den beruflichen und sozialen Aufstieg zu betrachten. Insbesondere Mütter von Migrantenkindern sind in Sprachprogramme zu integrieren. Es müssen effektive Wege beschritten werden, um Eltern in Sprachprogramme zu integrieren.
- Zu einer weltoffenen Stadt gehört es, dass **Mehrsprachigkeit und Interkulturalität** geschätzt und gefördert werden – nicht nur bei Migranten, sondern bei allen Einwohnern. Interkulturelle Kompetenzen sind Schlüsselkompetenzen der Zukunft und daher weiter zu entwickeln.
- Die christlichen Kirchen leisten bereits einen wichtigen Beitrag für eine gelingende Integration. Dieser Dialog der Religionsgemeinschaften ist fortzusetzen. In Stuttgart sollen interreligiöse Stadtforen gebildet werden, wie es sie bereits in England gibt. Unter Moderation der größeren Kirchen verständigen sich die örtlichen Religionsgemeinschaften selbst über konkrete Projekte und Konflikte und arbeiten mit der Stadtverwaltung partnerschaftlich zusammen.
- An den Schulen wird neben katholischem und evangelischem Religionsunterricht deutschsprachiger Islamunterricht als ordentliches Lehrfach gegeben. Bei Bedarf muss auch Unterricht für andere Religionsgemeinschaften möglich sein.
- Die hohe Bereitschaft von Migranten zur **beruflichen Selbstständigkeit** ist im Rahmen der Förderung von Existenzgründungen weiter zu unterstützen, dabei kommt der kommunalen Wirtschaftsförderung besondere Bedeutung zu.
- Auch Unternehmer mit Migrationshintergrund sind aufgerufen, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten.
- Integrationspolitik ist als **Querschnittsaufgabe** der Stadtverwaltung und –politik zu betrachten und anzugehen.
- Zum Zweck der besseren Integration der Migranten in das Gemeinwesen ist eine Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen bei ihrer Öffnung der Gesellschaft gegenüber dringend notwendig.
- Das Potential und die Kompetenz der Migranten bei der Lösung der Integrationsprobleme sollen besser genutzt werden.

Mitmachen Ehrensache – Partizipation in Stuttgart

In einer repräsentativen Demokratie ist das aktive Wahlrecht von zentraler Bedeutung. Seit Mitte der 1980er Jahre wird dieses von den Bürgerinnen und Bürgern immer weniger wahrgenommen, die **Wahlbeteiligung sinkt** fast kontinuierlich, am stärksten bei jüngeren Wahlberechtigten. Für die Zukunft ist hierbei keine grundlegende Trendwende zu erwarten.

Die **Ursachen** für dieses Phänomen **der Wahlzurückhaltung** sind vielschichtig: der Bedeutungsverlust der Wahlnorm („Stimmabgabe als Bürgerpflicht“), nachlassende Bindungen der Menschen an Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine usw., Nichtwählen als Kosten-Nutzen-Überlegung (politisch motivierte Nichtwähler), Parteienverdrossenheit, Heterogenisierung des Wahlvolkes (Eingebürgerte und EU-Bürger weisen ein signifikant niedrigeres Wahlinteresse auf).

Die Höhe der Wahlbeteiligung ist kein Gradmesser für die Qualität und Stabilität der Demokratie. Nachlassendes Wahlinteresse ist kein Krisensymptom für das politische System, eher ein Zeichen der Normalisierung unserer Demokratie, wie ein Blick auf die Beteiligungsquoten anderer westlich-liberaler Demokratien zeigt. Dennoch können und wollen wir uns damit nicht zufrieden geben. Eine **lebendige Demokratie**, die von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird, ist nach unserem Verständnis essenziell und unverzichtbar.

Forderungen:

- Um das politische Interesse einer breiten Bevölkerung und das Partizipationsverhalten nachhaltig zu steigern sind eine **Stärkung der repräsentativen Demokratie** und das Werben für ihre Vorteile notwendig.
- Die Partizipationsform Wahlen kann durch eine **Verstärkung der Persönlichkeitselemente** (z. B. vollständig personalisierte Verhältniswahl) weiter reformiert werden.
- Andere Möglichkeiten der Partizipation (Bürgerforen, Runde Tische, Planungszellen) sollen als **themen- und problembezogene informelle Beteiligungsverfahren** die gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten der Bürger fördern.
- Wichtiges Instrument ist weiterhin die **Bürgerumfrage**. Zum einen können die Bürger hier Meinungen, Probleme und kommunalpolitische Prioritäten auf repräsentativer Basis artikulieren, zum anderen hat die Politik damit eine wichtige Basis für ihre weitere Planung und kann Entscheidungen und Maßnahmen an die Interessen und Wünsche der Bürger rückkoppeln.
- Für nicht geeignet halten wir eine Ausweitung der direkten Bürgerbeteiligung (Volksabstimmungen, Bürgerentscheide), eine Direktwahl der Bezirksbeiräte und ein Wahlrecht von Geburt an, das bis zum 18. Lebensjahr durch die Eltern ausgeübt würde. Die **Bezirksbeiräte** sind zu stärken, bei kommunalen Entscheidungen ist ein stärkeres Gewicht wünschenswert.
- Die **Einbeziehung von Expertenwissen** in politische Entscheidungen ist noch unbefriedigend. Wir brauchen eine bessere Beteiligung von ausgewiesenen Experten in darauf zugeschnittenen Gremien mit klarer Zielorientierung.
- Die Integration der jährlich rund 40.000 neu nach Stuttgart Zuziehenden ist gezielt durch ein **„Willkommensmanagement“** zu fördern. Die kann z. B. in einer „Willkommenswoche“ geschehen, in der die Neubürger alle Facetten des öffentlichen Lebens (vom Nahverkehr über die Vereine und Kirchengemeinden bis zu den Parteien) vorgestellt bekommen. Ein Anreizsystem (kostenloses VVS-Ticket, Amtsblatt-Abo) unterstützt das Anliegen.
- Sinnvoll ist auch eine Begrüßung der Neubürger im Stadtbezirk durch den Bezirksvorsteher und eine entsprechende Einführung in das örtliche Leben.

2020 - Stuttgart innovative Metropole mit aktiver Bürgergesellschaft

Die Großstadt Stuttgart wird sich als Kern einer der innovativsten Metropolregionen Europas im 21. Jahrhundert behaupten können, wenn auch die Entwicklung der urbanen Gesellschaft zu einer nachhaltig aktiven Bürgergesellschaft gelingt.

Bürgerschaftliches Engagement hält die Gesellschaft zusammen, es ist unverzichtbar für das Gemeinwesen. Ziel muss eine „Kultur des Helfens, des aktiven Miteinanders“ sein. Es geht nicht um eine Verminderung staatlichen Engagements, sondern um eine Ergänzung staatlichen Handelns. Es geht um den mündigen Bürger und um das **Subsidiaritätsprinzip**: Diejenigen, die eine Aufgabe am besten wahrnehmen können/wollen, sollen dies auch tun können und müssen ggf. dabei gefördert und unterstützt werden. Was für die staatlichen Ebenen gilt, kann und muss dabei auch auf den einzelnen Bürger übertragbar sein - ergänzend zum weiterhin notwendigen Handeln der öffentlichen Hände, im Zusammenspiel mit ihnen (public-private-partnership) aber auch als Handlungsauftrag im Sinne von Förderung, Ermöglichung, Anregung an

1. die Bundesebene (z.B. bei der ganz aktuellen Förderungen bürgerschaftlichen Engagements und des Stiftungswesens durch Steuererleichterungen);
2. die Landesebene (z.B. beim Versicherungsschutz für ehrenamtliches Engagement)
3. die kommunale Ebene, wo die Begegnung von Bürgerschaft und öffentlicher Hand am konkretesten wird und somit die Vielfalt der Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Beratung und Information, von Förderung und Ermöglichung, von Anerkennung und Dank greifbar wird.

Die Folgen des demographischen Wandels, das Miteinander der Generationen, der Kulturen und Ethnien angesichts eines Bevölkerungsanteils von über 40 % mit Migrationshintergrund in Stuttgart sind besonders aktuelle gesellschaftliche Themenkomplexe, deren Auswirkungen ohne die tatkräftige Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt nicht zu bewältigen sein werden.

Der Wandel im Schulalltag – Ganztageschulen, Veränderungen der Familiensituation der Schülerinnen und Schüler -, fordert verstärktes Engagement auch von Eltern- und Schülervertretungen. Die bürgerschaftliche Unterstützung durch Förder- und Trägervereine, Freundeskreise und ganz persönliches Engagement im schulischen Bereich aber auch bei Kulturinstitutionen liegt auf der Hand, wird bereits gelebt und muss weiter

ausgebaut werden. Der Breitensport und hier vor allem auch die sportliche Förderung der Jugend ist ohne lebendiges Vereinsleben und die Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen, ebenso wenig vorstellbar wie das Wirken unserer Rettungsdienste. Unser Rechtswesen lebt ganz entscheidend von der Bereitschaft in der Bürgerschaft, sich als ehrenamtliche Richter zu engagieren. Politisches Ehrenamt auf der Ebene der Bezirksbeiräte und des Gemeinderats, und die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv an Diskussions- und Planungsprozessen zu beteiligen, muss gewürdigt und gefördert werden, ebenso wie konkretes Bürgerengagement im Wohnumfeld etwa in Baum-, Brunnen- oder Spielplatzpatenschaften.

Das weite **Feld des Sozialen** steht traditionell im Zentrum freiwilligen Engagements. Dies gilt es auch unter dem Gesichtspunkt neuer Tätigkeitsfelder weiterzuentwickeln, wobei sich verändernden Ansprüchen potenzieller Freiwilliger ebenso Rechnung zu tragen ist, wie der Notwendigkeit, jungen Menschen neue Angebote für ein freiwilliges Jahr zu machen, die sich neben sozialen und ökologischen Aufgaben auch auf weitere Gebiete erstrecken (z.B. Gemeinnütziges Bildungsjahr GBJ bei der Landeshauptstadt Stuttgart). An der Lösung dieser Probleme mitzuwirken ist eine Aufgabe für alle Ebenen staatlichen Handelns, in besonderer Weise aber im kommunalen Bereich.

Es ist unerlässlich, dabei die Interessen der Menschen aller Altersgruppen in den Vordergrund zu stellen, die sich bereits in unterschiedlichsten Formen engagieren (ca. 21 % der Stuttgarterinnen und Stuttgarter) bzw. potenziell zu Engagement bereit wären (weitere 34 %) und dabei viele **Motivationsgründe** haben:

- Etwas Sinnvolles tun, das sich und anderen zugute kommt.
- Gemeinschaft und Verbundenheit mit anderen Menschen erleben.
- Neue Erfahrungen machen, hohe Sozialkompetenz erwerben.
- Lernen außerhalb des täglichen Lebens- und Berufsumfeldes; bzw. Weitergabe von erworbenen Kompetenzen nach Beendigung oder bei Unterbrechung des aktiven Berufslebens.

In der Konsequenz gilt es, auf kommunaler Ebene in Stuttgart die bereits vorhandenen Förderstrukturen für Bürgerschaftliches Engagement durch Ausbau des Netzwerks **frEE Stuttgart** für Freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe sowie des Bereichs der Stiftungsförderung, Stiftungs- und Stifterberatung (Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen, Bürgerstiftung Stuttgart) weiter zu entwickeln. Die Handlungsmöglichkeiten der städtischen Stabsstelle „Förderung Bürgerengagement“ und der ihr zugeordneten Freiwilligenagentur Stuttgart gilt es ebenso zu stärken, wie die Weiterbildungsakademie für Ehrenamtliche. Ziel dabei muss sein, konkret zu beraten, zu informieren, zu motivieren, Engagement zu ermöglichen, Kontakte zu knüpfen und v. a. auch Unternehmen als Partner zu gewinnen.

Hinzu kommt die kommunalpolitische Forderung nach entsprechender Erhöhung der Budgets der Stadtbezirke (z.B. i. S. eines stadtbezirksübergreifenden Budgets für entsprechend definierte Projekte nach alternierenden Schwerpunkten - Kinder, Jugendliche, generationenübergreifende Ansätze).

Wirtschaftsstandort Stuttgart

Bei einem Flächenanteil der Region Stuttgart am Land Baden Württemberg von 10 Prozent befinden sich 26 Prozent der Unternehmen des Landes in der Region Stuttgart. Fast **ein Drittel der Wertschöpfung Baden-Württembergs wird in der Region Stuttgart** erbracht. Ebenso erbringt die Region Stuttgart 4,2 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung Deutschlands. Im Wettbewerb zwischen Metropolregionen liegt Stuttgart bei vielen wichtigen Indikatoren auf Platz eins oder Platz zwei (vor oder hinter München). Wie lässt sich diese Stellung halten und ausbauen?

Stuttgart ist aufgrund seiner hervorragenden Wirtschaftsstruktur ein ausgezeichneter Wirtschaftsstandort – dieses Potential gilt es langfristig zu halten und auszubauen, denn der **Wettbewerb von Kommunen** und Wirtschaftsräumen um Ansiedlungspotentiale und Arbeitskräfte hat sich auf regionaler, nationaler und auch auf internationaler Ebene sehr verschärft. Es muss vorrangiges Ziel sein, den Wirtschaftsstandort Stuttgart langfristig zu stärken. Dazu sollen ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen unterstützt, bürokratische Hemmnisse abgebaut sowie für ein positives Klima für Existenzgründer gesorgt werden. Vor diesem Hintergrund ist es für die Landeshauptstadt Stuttgart erforderlich, dem Standort ein **unverwechselbares und attraktives Profil** zu verleihen und sich so von anderen Wirtschaftsstandorten klar abzuheben. Hier ist eine qualifizierte, kommunale Wirtschaftspolitik mit zielgerichteten Aktivitäten besonders gefragt. Mit Hilfe von strategischen Markt- und Marketingmaßnahmen, die Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsbereitschaft erhöhen, können Wachstum und Beschäftigung gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Wirtschaftsdynamik gelingt nur mit entsprechenden **Fach- und Führungskräften**. Um diese Leistungsträger zu gewinnen und zu halten bedarf es eines Abbaus der oben genannten Defizite. Genauso wichtig ist es, weiche Standortfaktoren und das Image für Stuttgart und die Region zu verbessern. Emotionale Komponenten sind dabei stärker als bisher zu berücksichtigen. Mit beispielgebenden sozial-, bildungs- und integrationspolitischen Maßnahmen kann es gelingen, dass Stuttgart mit Begriffen, wie „kinderfreundlich“, „familienfreundlich“, „seniorenfreundlich“ und „integrationsfreundlich“ assoziiert wird.
- Hier vorhandene Potenziale sind effizient zu entwickeln. **Qualifizierungs- und Kreativitätsreserven sind zu aktivieren**, z.B. durch
 - gezieltere Förderung von Frauen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die den Frauen einen wirklich gleichberechtigten Zugang zu Fach- und Führungsaufgaben ermöglicht,
 - eine deutliche Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Migranten, insbesondere durch die Vermittlung der Notwendigkeit einer beruflichen Ausbildung bei jungen Migranten und deren Eltern,
 - eine selbstverständlichere Integration älterer Arbeitnehmer in die Prozesse der lebensbegleitenden ständigen Fortbildung.
- Sowohl die Landeshauptstadt Stuttgart als auch der Verband Region Stuttgart sind seit vielen Jahren sehr erfolgreich auf dem Gebiet der **Wirtschaftsförderung** tätig. Um Kräfte zu bündeln und möglichst effizient zu arbeiten, ist eine engere Kooperation der beiden Wirtschaftsförderungen anzustreben.
- Wirtschaftsthemen sollen im **Unterricht** von Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen praxisnah vermittelt werden. Dabei sollen Vertreter aus der Wirtschaft (Unternehmer, leitende Angestellte, Handwerker) einbezogen und auf praxisnahe Instrumente (wie Planspiele und Fallstudien) zurückgegriffen werden.
- Stuttgart hat nicht nur nach Frankfurt den höchsten Migrantenanteil. Stuttgart wird auch zukünftig auf qualifizierte Menschen aus dem Ausland angewiesen sein. Für **qualifizierte Zuwanderung** gilt es, ein attraktives Umfeld zu bieten, insbesondere ein international und interkulturell ausgerichtetes „urbanes Milieu“ zu schaffen.
- Die **raumstrukturellen Besonderheiten** sind der Vorteil einer lebenswerten Stadtregion. Daraus resultierende verkehrliche Nachteile können aufgefangen werden durch Projekte wie Stuttgart 21 und den Filderanstieg sowie intelligent abgestimmte Mobilitätskonzepte (Individualverkehr, ÖPNV, Car-Sharing etc.)
- Stuttgart muss seine **Technologiepotenziale in Unternehmen und Hochschulen gezielter** und stärker als heute vernetzt **nutzen**. Dabei ist es wichtig, dass verstärkt auch kleine und mittlere Unternehmen am Technologietransfer teilnehmen können und in Forschungsverbände einbezogen werden. Ein zentral wichtiger Technologiebereich wird im Feld der Energieeffizienz und der Entwicklung neuer regenerativer Energien und Zukunftslösungen wie der Brennstoffzelle liegen, die bald zur Marktreife zu bringen sind.
- Der **Finanzplatz Stuttgart**, der inzwischen nach Frankfurt zu den führenden Plätzen Deutschlands gehört und viele Arbeitsplätze bei Börse, Banken und Versicherungen geschaffen hat, muss weiter gefördert werden. Insbesondere die Ansiedlung weiterer internationaler Banken, Versicherungen und sonstiger Finanzdienstleister ist anzustreben.
- Im Bereich der Elektronik ist mittels Software-Lösungen der Bereich der **E-Services** voranzubringen. Stadt und Region können hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört z.B. ein konsequentes Umsetzen von eServices und eGovernment-Anwendungen über das Internet. Damit kann die Stadt sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen kundenfreundlicher und unbürokratischer werden. Dies ist ein Standortvorteil und ein Imagegewinn.
- Zu einer zielgerichteten Wirtschafts- und Technologiepolitik gehören die **strategische Vorausschau und Positionsbestimmung** von Stadt und Region mit einer daraus konsequent entwickelten Planung und Förderung. Es gilt, die Stärken mit strategischem Weitblick weiter auszubauen, Schwächen auszugleichen und Schwerpunkte zu setzen.
- Zudem muss Stuttgart seine wissensbasierten, industrienahen **Dienstleistungen**, aber auch Dienstleistungsbereiche wie Gesundheit und Wellness (z.B. Mineralbäder) noch stabilisieren und erweitern.
- Stuttgart und die Region geben sich das Ziel, zur **gründerfreundlichsten Region Deutschlands** zu werden. Existenzgründer sind bestmöglich zu fördern. Hierzu gehören schnelle Genehmigungsverfahren, bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Existenzgründer sowie eine intensive Begleitung von Gründern in den ersten Jahren.
- Dabei ist ein enger **Schulterschluss von Wirtschaft zur Politik** durch gezielte Netzwerke zu verbessern, damit auch Global Player soziales und kulturelles Engagement vor Ort zeigen.

- Zur Stärkung und Belebung des **Einzelhandels** in der Stadt und den verschiedenen Stadtteilzentren ist ein **modernes Stadtteilmanagement** erforderlich. Mit einem flexiblen Stadtteilmanagement und -marketing kann die Einzelhandelssituation im Interesse der Händler wie der Verbraucher und Konsumenten am besten und auf freiwilliger Basis optimiert und weiter entwickelt werden.
- Die **Förderung von bestehenden Unternehmen** am Wirtschaftsstandort Stuttgart: Unternehmen müssen in ihren unternehmerischen Aktivitäten und Bedürfnissen besonders unterstützt werden. Ein wichtiger Beitrag besteht darin, bürokratische Prozesse zu vereinfachen. Entsprechend bedarf es einer Initiative für (mittelständische) Unternehmen, die Verwaltungsprozesse (z.B. Baugenehmigungen) vereinfacht und somit zu Kostensenkungen für (mittelständische) Unternehmen führt.
- **Die Förderung von Neuansiedlungen:** Ansiedlungspolitik ist im wesentlichen Flächenpolitik. Um die Verfügbarkeit von Flächen zu gewährleisten und zu sichern, müssen freie Gewerbeflächen identifiziert werden. Zur Nachverdichtung und Reaktivierung von Flächen müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Auch die Neugestaltung von Arbeitsstätten (Infrastruktur in Gewerbegebieten) steht im Mittelpunkt dieser Forderung. Darüber hinaus muss ein investorenfreundliches Klima erzeugt werden. Dies kann neben der Beschleunigung von Verwaltungsprozessen, durch Analyse des Marktes und seiner Bedürfnisse erreicht werden. Marketingmaßnahmen wie z.B. Veranstaltungen, Messeaktivitäten oder spezielle Serviceleistungen müssen dazu beitragen, die Bekanntheit und das positive Image des Standorts bei den Investoren und potentiellen Investoren zu sichern und zu verstärken.

Exzellenz in Wissenschaft und Forschung

Das **Wissenschaftspotenzial in Stuttgart** erstreckt sich auf 12 Hochschulen und Akademien mit ca. 36.000 Studenten und ca. 8.000 Professoren, Dozenten und Mitarbeitern, sowie weiteren sechs Hochschulen in der Region Stuttgart. Hinzu kommen 12 Forschungseinrichtungen (z. B. Max-Planck- und Fraunhofer- Institute), Forschungsinstitute und industrielle Forschungszentren. Weiterhin über zehn Technologietransferzentren der Steinbeis-Stiftung und über 15 Privat-Transferinstitute sowie Technologie-Beratungsstellen. Damit erweist sich Stuttgart in fast schon idealer Weise als potentieller Standort für die vom Bundesbildungsministerium ins Leben gerufene Exzellenzinitiative zur Förderung der Hochschulen. Die hiesigen Hochschulen sind daher aufgerufen, den Wettbewerb um Fördermittel für Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und die „Zukunftskonzepte zum Ausbau universitärer Spitzenforschung“ neu aufzunehmen und dabei sämtliche zur Verfügung stehende Unterstützung einzubeziehen.

Wegen der zusätzlichen Konzentration der industriellen Forschungseinrichtungen sind die **Gesamtaufwendungen** von Staat und Wirtschaft für Forschung und Entwicklung in Stuttgart im gesamtdeutschen Vergleich **am höchsten**. Das gleiche Bild ergibt sich bei den Patentanmeldungen.

Das **Selbstverständnis als Wissenschaftsstadt** muss herausgearbeitet werden:

- Weiterbildungsveranstaltungen an den Hochschulen sind bei der Außenwerbung der Stadt und in einschlägigen Publikationen und Erhebungen angemessen zu berücksichtigen.
- Internationale Gastwissenschaftler müssen eine Darstellung („Botschaft“) der Stadt zum internationalen Selbstverständnis erhalten.
- Die Hochschulen sollen gezielt zur Integration und Höherqualifizierung von Migranten beitragen.
- Durch wissenschaftlich zusammengestellte und aufbereitete Besuchsprogramme kann die Attraktivität für Wissenschaftstouristen ausgewiesen werden, z. B. Architekturspaziergänge (Weißenhofsiedlung, Staatsgalerie, Museumsbauten), Automobilentwicklung (Daimler-, Porschemuseum, Kfz-Institute), Erlebniswelt Raumfahrt Technik.
- Internationale Vernetzung: Eine internationale Wissenschaftsorganisation der UN, UNESCO, Weltbank oder der EU ist in Stuttgart anzusiedeln, z. B. zur "nachhaltigen Energietechnik". Die Leitbörse für Kohlenstoffdioxid-Emissionshandel kann in Stuttgart eingerichtet werden.
- Wissenschafts-Olympiade mit einem Preis der Stadt Stuttgart für Nachwuchswissenschaftler und Erfinder-Messen, z. B. durch ein populärwissenschaftlich gehaltenes "Technologie-Hauptfest".
- Einrichtung eines Wissenschafts-Technik-Verbundes bzw. Forums (Forschungsverbund der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Stuttgart, akademischer Aus- und Weiterbildungsverbund in Stuttgart, Wissenschaftsevents) und Vernetzung dieses Verbundes bzw. Forums mit der örtlichen und regionalen Wirtschaft sowie der Stadtverwaltung.
- Absprachen, Vereinbarungen und Kooperationen der beiden Universitäten Hohenheim einerseits und Stuttgart (Vaihingen/Keplerstraße) andererseits

- Gründung einer Wissenschaftsstiftung Stuttgart (Förderung der Wertschöpfungskette Automobil, der Wissenschaftspräsentation; Initiativen zum Dialog Wissenschaft-Unternehmen, Innovationswettbewerbe).
- Wissenschaftsschaufenster Stuttgart durch Aufwertung des Stadtgartenbereiches zur Wissenschaftsmeile (Hochschulen am Stadtgarten, Kongresszentrum, Haus der Wirtschaft, Ausweisung als Wissenschaftsstandort und Wissenschaftsmuseen)
- In der Stadtverwaltung soll das Referat Kultur, Bildung und Sport die Wissenschaftsförderung als Aufgabe wahrnehmen.
- Die Kinder-Uni ist ein erfolgreiches Angebot, das Kinderfreundlichkeit und Wissenschaftsstandort in Stuttgart verbindet, ist weiter auszubauen.
- Die wissenschaftliche Zusammenarbeit des Klinikums Stuttgart mit der Universität Tübingen soll intensiviert und vertieft werden. Hierzu gehört auch die Forschung. Dies erleichtert die Bindung und Neugewinnung medizinischen Personals.

Solide Finanzen schaffen Gestaltungsspielräume

Eine nachhaltige und erfolgreiche Stadtentwicklung in der Zukunft hängt zunächst ganz entscheidend von der **finanziellen Handlungsfähigkeit** der Stadt selbst ab. Nur von der Substanz zu leben ist kein dauerhaftes Konzept für die Zukunft. Deshalb gilt gerade für die öffentliche Hand der Grundsatz, dass auf Dauer nicht mehr ausgegeben werden kann, als eingenommen wird. Insbesondere im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist seit langem klar, dass die Schultern aller nachkommenden Generationen zahlenmäßig deutlich schmäler sein werden, als die Schultern der gegenwärtigen Generation. Deshalb tragen wir heute dafür die Verantwortung, auch **künftigen Generationen Gestaltungsspielräume zu erhalten**.

Um dieser Verantwortung in einer für die nachkommenden Generationen aber auch für die derzeitige Generation transparenten und nachprüfaren Weise gerecht zu werden, führt die Stadt Stuttgart anstatt des bisherigen kameralistischen Haushalts- und Rechnungswesens **ein auf den Grundlagen der Doppik** (Kosten- und Leistungsrechnung, doppelte Buchführung, konsolidierter Jahresabschluss unter Abbildung aller Aktivitäten der Stadt) **basierendes Haushalts- und Rechnungswesen** ein.

Die Stadt Stuttgart hat sich in diesem Bereich in den vergangenen Jahren vorbildlich verhalten: Die Entschuldungspolitik der Stadt ist für die Bundesrepublik beispielhaft, andere Großstädte können daran Maß nehmen. Es gilt, den **konsequenten Sparkurs fortzusetzen, um Handlungsspielräume für Investitionen in Schlüsselbereiche weiter zu entwickeln**. Das Ziel ist erreichbar: Stuttgart soll in einigen Jahren vollständig entschuldet und der Haushalt dauerhaft von allen Zinslasten befreit sein. Im Rahmen einer vorausschauenden Finanzpolitik plädieren wir auch weiterhin für niedrige kommunale Steuer- und Abgabensätze.

Wir sprechen uns **mittelfristig für die Abschaffung der Gewerbesteuer** aus, weil sie als Steuerart veraltet, ungerecht und aufgrund der extremen Schwankungen zu einem unkalkulierbaren Risiko für jedwede solide kommunale Finanzplanung geworden ist. Auch die im Rahmen der Diskussion über die Gewerbesteuer eingebrachten Vorschläge, durch die **Besteuerung von Freiberuflern** eine breitere Basis zu schaffen, **lehnen wir ab**. Deshalb ist eine große Steuerreform, welche die bundespolitischen Rahmenbedingungen – gerade auch für die Kommunen - grundsätzlich verändert, dringend erforderlich. An die Stelle der Gewerbesteuer soll dann eine **kommunale Unternehmenssteuer** als Zuschlag für die Körperschafts- bzw. Einkommensteuer treten, die von den Städten und Gemeinden individuell festgelegt werden kann. Die kommunale Unternehmenssteuer hat im Übrigen die großen Vorteile, dass sie administrativ einfach umzusetzen ist und damit zur Entbürokratisierung beiträgt, einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Städten und Gemeinden erzeugt, der vor Steuererhöhungen schützt, sowie Bürgerschaft und Unternehmen den Zusammenhang zwischen städtischen Ausgaben und der Höhe der kommunalen Unternehmenssteuer direkt vor Augen führt. Die kommunale Unternehmenssteuer ist das richtige steuerpolitische Instrument einer Bürgergesellschaft und das richtige Instrument, den Kommunen **in Zukunft eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zu bieten**.

Kommunale Daseinsvorsorge

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Die **wichtigsten Ziele** sind

- die Gewährleistung eines gleichberechtigten, diskriminierungsfreien und kostengünstigen Zugangs zu den Leistungen;
- vollständige Information der Nutzer über das Angebot;

- die Sicherstellung eines flächendeckenden, universellen, kontinuierlichen und in ausreichendem Umfang und in ausreichender Qualität bereitgestellten Angebots;
- demokratische Mitentscheidung und Kontrolle;
- Anpassung an den technischen Fortschritt über das Niveau hinaus, das durch Gewinnerzielungsabsichten erreicht werden kann;
- Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzziele.

Vor jeglicher Liberalisierung eines Bereichs der Daseinsvorsorge sollte eine **gewissenhafte Prüfung** stehen, ob diese Ziele auf freien Märkten erreicht werden. Strukturen dürfen nicht aufgegeben werden, ohne dass eine bessere Alternative erkennbar vorliegt. Im Fall von Zwangsliberalisierung und anschließendem Marktversagen wären die Kosten der Wiederbelebung einmal aufgegebenener kommunaler Leistungen extrem hoch. Die Kommunen können und sollen daher selbst am besten entscheiden, in welcher Form sie die Organisation von Universaldienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge gestalten.

Der Prozess der **Modernisierung kommunaler Strukturen** (z.B. Krankenhäuser) muss fortgesetzt werden. Ein Instrument dafür ist die Herstellung marktähnlicher Wettbewerbsbedingungen durch interkommunalen Vergleich (Benchmarking). Dabei werden auch die Leistungsunterschiede deutlich, die bei unterschiedlichen Marktformen erreicht werden. Erforderlich ist die Veröffentlichung der Leistungsprofile in den Kommunen. Qualitäts- und Kostenunterschiede werden dadurch transparent. Wo es zweckmäßig ist, sollen Kommunen **offene Wettbewerbsmärkte** schaffen, auf denen mehrere Wettbewerber, private wie öffentliche, mit Leistungen der Daseinsvorsorge betraut werden können. Die Entscheidungsmöglichkeit für öffentlich-rechtliche Träger von Leistungen der Daseinsvorsorge muss erhalten bleiben. Damit wird dem Subsidiaritätsprinzip Geltung verschafft und das Vertrauen in den Staatsaufbau von unten gestärkt.

Solidarische Stadtgesellschaft

Demografische Entwicklung, wirtschaftliche Situation, Finanzkrise der öffentlichen Hand und Strukturveränderungen wirken sich auf die soziale Situation in Stuttgart aus. Auch in einer reichen Stadt gibt es **Armut mit steigender Tendenz**. Eine verantwortliche Politik darf nicht wegschauen, sondern muss **zielgerichtet helfen**. Da Arbeitslosigkeit die häufigste Ursache von Armut ist, stellt die Vermittlung in Arbeit die beste - und für die Betroffenen würdigste - Art der Unterstützung dar. Sie muss deshalb vordringlich erfolgen, vor allem auch deshalb, weil durch Vermittlung von Familienvätern und -müttern in Arbeit auch der Kinderarmut wirksam begegnet werden kann. Dazu sind allerdings oft zunächst Vermittlungshemmnisse zu beseitigen.

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte einerseits und ein zunehmender Anteil verarmter Menschen andererseits können dazu führen, dass sich die soziale Situation verschlechtern wird. Eine **humane Gesellschaft** darf nicht weggehen und Armut aus dem Bewusstsein verdrängen. Maßnahmen sind auch darauf zu richten, drohende Instabilität zu vermeiden und sozialen Frieden zu erhalten.

Forderungen:

- Wir setzen auf eine **aktivierende Sozialpolitik**, die sowohl fördert als auch fordert.
- Die Landeshauptstadt Stuttgart hat die Aufgabe, vor allem in Zukunft zu investieren, also in Bildung und Ausbildung. Ein **qualifiziertes Bildungsniveau** ist für jeden Einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit und Armut.
- **Kindern und Jugendlichen** in Familien, die von sozialen Transferleistungen leben, muss besondere Aufmerksamkeit gelten, damit sie gesund aufwachsen (Ernährung, Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen) und in Kindergarten und Schule die erforderliche Unterstützung erfahren. Kinder und Jugendliche brauchen frühe Bildungschancen sowie Perspektiven für einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Insbesondere im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe kann gegen Bildungsdefizite sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch entsprechende Angebote vorgegangen werden.
- Alleinerziehende und Eltern, die berufstätig sind, müssen **Beruf und Familie vereinbaren** können. Ganztagschulen und eine ausreichende Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten sind gefordert, auch Betriebskindertagesstätten.
- Die Kehrseite der gewollten Selbstbestimmung des Einzelnen kann zu Anonymität, zu einer Fragmentierung der Gesellschaft und damit letztlich zu einem Verlust an Solidarität führen. Dies verstärkt sich insbesondere im urbanen Umfeld sowie dadurch, dass die Familie nicht mehr die alleinige Stelle zum Erfahren und Erlernen von Solidarität ist. **In Kindergärten und Schulen** wird es eine Aufgabe

von wachsender Bedeutung sein, Nächstenliebe, Toleranz und Anteilnahme sowie Verantwortung für Andere und **Solidarität zu erfahren und erlernen**.

- In dafür geeigneten Stadtteilen wird das Programm „Soziale Stadt“ eingerichtet und durchgeführt. Es bedarf eines professionellen Managements und ausreichender Personalausstattung.
- Der **soziale Wohnungsbau** wird durch Subjektförderung bestimmt, d. h. der Mieter wird durch Wohngeld gefördert und weniger das Mietobjekt durch Baukostenzuschuss.
- **Gemeinnützige Einrichtungen** wie Diakonie und Caritas sollten kostenbewusst und möglichst kostendeckend arbeiten, aber nicht nach den gleichen Kriterien wie rein gewinnorientierte Unternehmen gemessen werden.
- Als kurzfristig effiziente Maßnahme erweist sich die **Schuldnerberatung**. Wegen langer Wartezeiten sind die Arbeitskräfte zeitlich befristet zu verdoppeln. Ergänzend sollten pensionierte Bankangestellte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Manager usw. ihren ehrenamtlichen Beitrag leisten.
- Wir brauchen eine umfassende **Barrierefreiheit** im öffentlichen Nahverkehr, in Ämtern, Behörden und Institutionen wie im öffentlichen Bereich; Barrierefreiheit ist dabei im Interesse aller Generationen.
- **Pflege** findet heute vielfach zu Hause statt. Die Nachfrage nach professionellen Betreuungs- und Pflegeangeboten wird aber künftig stark ansteigen. Angebote für seniorengerechtes Wohnen und für ambulante wie stationäre Pflege müssen daher ausgebaut werden. Insbesondere Betreuungsangebote für Demenzerkrankte sind deutlich auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern wie Diakonie, Caritas, usw. notwendig. Außerdem sollte für die Attraktivität von Pflegeberufen geworben werden.
- Der soziale Bereich braucht die **Unterstützung durch Ehrenamtliche**. Sie können allerdings Hauptamtliche nicht ersetzen, sondern nur ergänzen und bedürfen der fachkundigen Anleitung. In jedem Stadtteil ist ein Stützpunkt Ehrenamt zu errichten. Hauptberufliche Kräfte bilden dort eine feste Struktur und Organisation für den Einsatz von Ehrenamtlichen. Den ehrenamtlich Tätigen muss dann auch mehr Anerkennung als bisher entgegengebracht werden.

Sportstadt Stuttgart - Bewährtes bewahren Innovatives wagen

Stuttgart ist seit langem eine **Sportstadt von internationalem Rang**. Die Rolle als Europäische Sporthauptstadt 2007 ist Zeugnis, aber auch Herausforderung für die Zukunft. Sport ist Teil der Freizeitgestaltung vieler Menschen, der modernen Kultur, der sozialen Integration, der Gesundheitsförderung, der Bildung, aber auch ein Wirtschaftszweig und Standortfaktor.

Von monostrukturierten über moderne Großsportvereine bis hin zu Spitzensportvereinen ist ein breites Angebot gegeben, das durch zahlreiche kommerzielle sowie sonstige Anbieter - wie z.B. Volkshochschulen oder Institutionen mit sozialpädagogischer Ausrichtung - ergänzt wird. Stuttgart muss Bewährtes erhalten, aber auch den Mut zur Weiterentwicklung haben. Dazu ist eine moderne Sportkonzeption, die sich an den Bedürfnissen der Aktiven wie der Zuschauer orientiert, notwendig:

Forderungen:

- Die Bedürfnisse der Sporttreibenden sollen im Sportentwicklungsplan analysiert werden - vom Kinder- und Jugendlichen- bis zum Seniorenbereich, vom Breiten- und Gesundheitssport bis zum Spitzensport – und daraus die entsprechenden Schlüsse gezogen werden. Unterstützende Maßnahmen baulicher, struktureller und angebotsinhaltlicher Art sind zu fördern und strukturell zu unterstützen. Es gilt Synergieeffekte herzustellen, die Sportanbietern das Arbeiten und Wirken vereinfachen. Im Rahmen der Ergebnisse des Sportentwicklungsplans sind die Richtlinien der Sportförderung jeweils weiterzuentwickeln und anzupassen.
- Die Vereine bilden im Kinder und Jugendbereich sowie für Wiedereinsteiger in den Sport eine soziale und sportive Heimat; diese Bedeutung wächst. Die Vereine brauchen dazu eine stabile und verlässliche Förderung. Es gilt, Kooperations- und Fusionsmöglichkeiten auszuloten und durch Anreize zu fördern - pekuniär wie arbeitstechnisch z. B. durch vereinfachte Bezuschussungsverfahren.
- Verbesserte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie kooperative Angebote mit Vereinen müssen zu bewegungsreicheren Kindergärten und -horten führen. Bewegungsangebote in der frühkindlichen Phase haben neben erzieherischen auch positive Stimulationsmöglichkeiten auf die Nervenreizleitung, was zu besserem Koordinieren und Denkvermögen führt.
- Der „Jugendbegleiter“ ist nur ein Weg, wie ausgebildete Ehrenamtliche und Vereinsmitarbeiter bei den Ganztagsangeboten der Schulen die Brückenfunktion zwischen **Schule und Verein** herstellen können:

Vereinen und anderen Institutionen müssen aber noch mehr und geeignete Wege in die Schulen gezeigt werden. Die Kooperation „Schule und Verein“ und das Programm „Schülermentor/in Sport“ sind weiter auszubauen und Beratungsfunktionen zu verbessern.

- Neben den Angeboten der Vereine sollen auch andere Angebote in ihrem **sozialpädagogischen Bemühen** noch mehr unterstützt werden, Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien Sportmöglichkeiten zu bieten. Beides, Vereine und andere Angebote müssen sich ergänzen. Sie dürfen nicht in Konkurrenz zu einander treten.
- Hochklassige **Spitzensportevents** wollen wir weiter in Stuttgart durchführen. Sie bringen nicht nur einen erheblichen Imagegewinn für die Stadt, der sich auch für die Touristikbranche auswirkt, sondern schaffen wichtige Anreize und neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Vereine und Verbände, die dadurch indirekte und direkte Werbung für ihre Sportart erhalten.
- Spitzensportveranstaltungen sollen in Stuttgart, aber auch in der Region stattfinden. Hier muss die Vernetzung, die u. a. durch die **SportRegion** koordiniert werden kann, verbessert und ausgebaut werden. Sinnvolle Konzentration und Kooperation bei der Nachwuchsgewinnung von Aktiven, über Kooperations- und Fusionsaktivitäten von Vereinen bis hin zu Sportveranstaltungen sind durch die Politik besser zu unterstützen.
- Weiterentwicklung und Stärkung des **Olympiastützpunktes Stuttgart** sind notwendig. In diesem Zusammenhang steht die Renovierung der Molly-Schauffele Halle, die so umgestaltet wird, dass wieder Trainingsmöglichkeiten geschaffen werden, die entsprechende Leistungen erst ermöglichen. Die „Partnerschulen des Sports“ und Internatsmöglichkeiten sind entsprechend auszubauen.
- **Zielgruppenspezifische Berichterstattung** soll verstärkt erfolgen. Themen gibt es in Hülle und Fülle wie z.B. sozialintegrative, behindertensportorientierte (ebenso wie Nichtbehinderte gemeinsam mit Behinderten) oder freizeitorientierte Angebote. Sie müssen verstärkt in der Medienpräsenz in Erscheinung treten können.
- Stuttgart hat das zweitgrößte Mineralwasseraufkommen in Europa. Vor diesem Hintergrund sind neue **Kur- und Rehabilitationsangebote** sowie die Möglichkeit von Kooperationen hierbei mit Vereinen und Institutionen zu prüfen. Angesichts des geplanten Wellness-Hotelkomplexes beim Mineralbad Berg und unseren weiteren Mineralbädern ist auch ein Wiederaufleben der früheren ‚Stuttgarter Kur‘ zu prüfen.
- **Senioren** möchten sich in immer stärkerem Maße sportlich betätigen. Das hält sie gesund und fit. Ihren Sport möchten sie zum Teil auch an Vormittagen oder frühen Nachmittagen ausüben. Zwischen den Angeboten der Sportvereine und den nachgefragten Möglichkeiten sind jedoch noch Verbesserungen möglich. Deshalb sollten sich die Vereine auch auf den Bedarf an Freizeitsportmöglichkeiten für die ältere Generation einstellen und die Infrastruktur hierfür auch tagsüber anbieten.
- Individualsportler nutzen heute schon in großer Zahl die vielen Strecken, die zu einem Großteil durch die Stuttgarter Wälder führen. Das Netz an **Wander-, Jogging- und Walkingmöglichkeiten** ist zu pflegen und auszubauen.

Stuttgart – Kulturmetropole 2020

Stuttgart erfüllt als Landeshauptstadt die Funktion eines kulturellen Leuchtturms. Die kulturellen Einrichtungen werden von einem breiten Bürgertum getragen, das sich bewusst zu seinen kulturellen Werten bekennt.

Stuttgart weist eine bundesweit viel beachtete **Dichte an hochrangigen Kultureinrichtungen** auf und verfügt anerkanntermaßen über die bundesweit beste Kulturförderung. So konkurrieren z.B. im Museums- und Theaterbereich städtisch dominierte Einrichtungen und Landesbetriebe auf produktive Art und Weise. Durch die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte können kulturelle Institutionen allerdings oft nicht mehr langfristig planen.

Stuttgart kann auf eine beeindruckende Anzahl gut besuchter kultureller Veranstaltungen und exzellente Auslastungszahlen stolz sein. Auch neue künstlerische Entwicklungen werden mit großem Interesse aufgenommen. Trotz dieser hohen Akzeptanz des kulturellen Lebens und der beachtlichen Anzahl teilweise weltweit bekannter Kultureinrichtungen wird Stuttgart insgesamt immer noch deutlich mehr als Stadt der Technik und des Sports wahrgenommen als der Kultur.

Forderungen:

- Für die Entwicklung des Gemeinwesens Stadt ist Kultur ein wesentlicher **Standortfaktor**. Bildungsinstitute und Kulturinstitute können sich gegenseitig noch intensiver anregen.

- Auf Dauer ist das Einfrieren der Etats nach dem Rasenmäherprinzip keine Problemlösung; der von der Stadt gewünschte kulturelle Auftrag ist dann gefährdet. Bei schwieriger Haushaltslage ist eine **Prioritätensetzung** erforderlich: Dies kann aufgrund individueller Prüfungen geschehen, die in klare künstlerische und finanzielle Aufträge münden. Mit den Institutionen können auch Leistungsvereinbarungen getroffen werden, solange dies keinen Eingriff in die Freiheit der künstlerischen Programmplanung bedeutet. Die Kulturinstitutionen müssen über mindestens zwei Jahre Sicherheit haben, welche Mittel ihnen zu Verfügung stehen.
- Die Kultur unterstützt die Bildung durch das **Stuttgarter Kulturmodell** "Schule des Lebens": Stuttgarter Kulturinstitutionen realisieren als Partner mit den Schulen Pflicht- / Wahlfach-Projekte und Ganztagesprogramme. Nach einer Anschubphase kann diese Vernetzung von Stadt, Bildung und Kultur bzw. den dazugehörigen Institutionen Modellcharakter für das deutsche Bildungssystem entfalten.
- Das **Stadtzentrum** muss im antiken Sinne "Forum" und kultureller Mittelpunkt sein. Als Anlauf- und Identifikationspunkt wird ein **Stadtmuseum** in die Räume des Wilhelmispalais integriert. Die Vernetzung von Design und Kunst kann u. a. in einem Kompetenzzentrum stattfinden.
- Sinnvoll erscheinen **spartenübergreifende Jahresprojekte** nach dem Ansatz der europäischen Kulturhauptstädte. Gerade diese Aktivitäten können auch dazu anregen, Stuttgarts Ruf als weltoffene Stadt zu erweitern, die sich ihres hohen Migrantenteils auch kulturell bewusst wird.
- Das Netzwerk aus Kunst- und Kulturschaffenden, der Politik, Wirtschaft und Sponsoren, Vereinen und Kirchen, aber auch Privatpersonen ist dichter zu verknüpfen; ein „**kultureller Stadtplan**“ soll entwickelt werden.
- Die intensive **Kooperation von Landes- und städtischen Einrichtungen** ist entscheidend, um gemeinsam ein hochwertiges Niveau an kulturellen Angeboten und besonderen Kulturereignissen vorzuhalten.
- In der **Kunstszene** reicht es nicht, die Bestände zu verwalten und zu präsentieren. Erst neue Blickpunkte und veränderte Zusammenhänge, vor allem aus dem Bereich der zeitgenössischen Kunst, schaffen neue Qualitäten, die überregional und international Beachtung finden. Eine stärkere **Präsenz zeitgenössischer Kunst in der Stadt** ist dafür entscheidend. Junge Künstler können u. a. durch preiswerte Räumlichkeiten von der Stadt aktiv gefördert werden.
- Die Schätze und Möglichkeiten unseres Lindenmuseums auch für die **Integration** werden noch nicht voll genutzt: Eine wissenschaftliche Erweiterung der Ausstellung auch an andere Orte wie z.B. das Kunstmuseum oder die entsprechend aufbereitete Erweiterung des Schulprogramms können andere Kulturen näher bringen und gezielt die Integration fördern.

Die CDU Stuttgart setzt sich für eine Überdeckung der Konrad-Adenauer-Strasse zwischen Charlottenplatz und Gebhard-Müller-Platz ein, um eine der schlimmsten Verkehrssünden der Nachkriegszeit zu korrigieren und eine **durchgehende attraktive Kulturmeile** im Herzen der Stadt zu schaffen.

Verkehr - Mobilität gewährleisten und umweltverträglich gestalten

Die in Stuttgart lebenden Menschen wollen mobil sein, um die vielfältigen Möglichkeiten, die Stuttgart in Beruf und Freizeit bietet, auch nutzen zu können. Wir wollen die **Mobilität für Menschen und Güter nachhaltig gewährleisten**; deshalb ist eine umweltfreundliche Mobilität unser Ziel für Stuttgart. Stuttgart als eines der großen weltweiten Zentren der Mobilität muss die Verbesserung einer umweltgerechten Mobilität besonders am Herzen liegen. Mobilität in der modernen Welt setzt dabei auf integrierte Verkehrsnetze, auf neue Ansätze und den Einsatz modernster Technik.

Die wachstumsstarke Region Stuttgart ist auf eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur** angewiesen. Sie ist Voraussetzung dafür, wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern sowie neu zu schaffen. Sie muss so ausgestaltet sein, dass sie einer arbeitsteiligen und technologisch weit entwickelten und global handelnden Gesellschaft sowie einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilität gerecht wird. Eine schlechte überregionale Verkehrsanbindung ist ein wesentlicher Standortnachteil. Deshalb setzt die CDU entschlossen auf Stuttgart 21 (siehe dort).

Die Nachfrage nach Verkehrsleistungen wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Die regionale und internationale Vernetzung wird deutlich an Bedeutung gewinnen. Deshalb muss die **Verkehrspolitik stärker unter regionalen Gesichtspunkten** stehen und zu leistungsfähigen, markungsübergreifenden Lösungen kommen.

Die für den Straßenbau zur Verfügung stehenden Flächen sind begrenzt. Deshalb müssen wir die vorhandenen Flächen besser und intensiver nutzen. Die neuen Möglichkeiten der **Verkehrslenkung und Verkehrssteuerung** wollen wir rasch ausbauen und nutzen. Vor diesem Hintergrund ist die Integrierte Verkehrsleitzentrale (IVZ) weiter auszubauen; sie sollte zukünftig auch die großen Ein- und Ausfahrtsstraßen nach/von Stuttgart sowie große Zentren wie z.B. das Messegelände auf den Fildern einbeziehen. Ebenso ist eine Erweiterung des Leitbereiches auf die Umlandkommunen innerhalb der Region Stuttgart denkbar.

Die öffentlichen Flächen sind nicht beliebig vermehrbar. Fußgänger, Radfahrer, Grünflächen fordern ebenso wie der öffentliche Nahverkehr und der Individualverkehr ihren Anteil. Dies erlaubt es nicht, den bisherigen legalen und illegalen Bestand an öffentlichen PKW-Stellflächen insbesondere für **Wohnparkplätze** beliebig weiter zu steigern. Andererseits aber müssen den Einwohnern der Stadt Stuttgart Möglichkeiten zum Abstellen ihrer Fahrzeuge aufgezeigt bzw. angeboten werden. Zum Ausgleich der benötigten bzw. auch wegfallender Flächen müssen Konzepte und Vorgehensweisen entwickelt werden, die unserer Bevölkerung entsprechende Mietparkflächen zur Verfügung stellen. Hierbei muss, mit Rücksicht auf die öffentlichen Haushalte eine Kostendeckung der Bau- und Unterhaltungskosten angestrebt werden.

Der öffentliche Personennahverkehr spielt in Stuttgart schon heute eine herausragende Rolle. **Individualverkehr und ÖPNV** sind die zwei wichtigsten Verkehrsträger, die sich sehr gut ergänzen. Wir wollen den ÖPNV weiter ausbauen, seine Qualität weiter erhöhen, durch attraktive Kreuzungspunkte mit dem Individualverkehr optimal vernetzen und so die Verkehrsmittelwahl zu Gunsten des ÖPNV beeinflussen. So wird ein auf einander **abgestimmtes Verkehrssystem** entwickelt, dass dem Mobilitätsbedürfnis des einzelnen ebenso wie dem Umweltschutz am besten gerecht wird.

Wohnqualität und Mobilität schließen sich nicht gegenseitig aus. Wir wollen unsere Wohngebiete soweit wie möglich vom Verkehr entlasten und setzen uns deshalb für eine **Bündelung des ortsverbindenden Verkehrs auf einem leistungs- und funktionsfähigen Straßennetz** ein. Es muss, wenn nur so unverhältnismäßige Belastungen vermieden und die Wohnqualität gesichert werden können, auch eine unterirdische Straßenführung auf ihre Machbarkeit hin geprüft werden.

Auch in Zeiten knapper Kassen darf auf den weiteren **Ausbau des ÖPNV** nicht verzichtet werden. Mit Abschluss der Netzumstellung auf den Stadtbahnbetrieb müssen wir uns auf Netzergänzungen und die Mitnutzung von Eisenbahntrassen konzentrieren. Spätestens im Jahr 2020 ist die neue Messe stadtbahnmäßig angebunden, die Linie 12 gebaut und sind Querverbindungen zwischen den einzelnen Stadtbahnästen geschaffen. Zudem sind weitere Verbesserungen im Bereich der Taktzeiten und kürzere Wartezeiten beim Umsteigen wünschenswert.

Die bisherige **Gäubahnstrecke** dient nicht nur dem Eisenbahnfernverkehr nach Singen. Sie hat auch heute schon eine wichtige Bypassfunktion bei den häufigen Störungen auf der überlasteten S-Bahn-Stammstrecke Hbf. – Vaihingen. Auch nach der Fertigstellung von Stuttgart 21 könnte diese Strecke Bypassfunktionen, eine Umfahrung des Hauptbahnhofes Richtung Norden sowie stadinterne Verkehre aufnehmen (im FNP sind entsprechende Haltestellen gesichert.) Diese Strecke sollte daher für spätere weitergehende Nutzungen bei Netzerweiterungen im ÖPNV gesichert werden.

Das **Vorbehaltsstraßennetz** hat das Ziel, den überörtlichen und den innerstädtischen Durchgangsverkehr auf leistungsfähigen Straßen zu konzentrieren, erreicht. Es ist weiterhin notwendig, das Gesamtnetz auf strukturelle Mängel zu überprüfen und der tatsächlichen städtebaulichen Entwicklung anzupassen. Der weitere Ausbau dieses Netzes und eine leistungsfähige Nordostumfahrung, die Filderauffahrt und eine zweite Röhre des Heschlacher Tunnels gehören zu den notwendigen Perspektiven für die Großstadt Stuttgart 2020. Nur wenn der gebietsfremde Verkehr auf alternativen Trassen gebündelt werden kann, wird es möglich, die Wohngebiete weiter zu entlasten und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu schaffen.

Der **Flugverkehr** gewinnt immer mehr an Bedeutung und trägt sehr zur weltweiten Mobilität von Menschen und Waren bei. Ein leistungsfähiger Landesflughafen ist deshalb unverzichtbar. Der landesseitige Ausbau muss deshalb zur Verbesserung der Betriebsabläufe fortgeführt werden. Eine weitere Steigerung der Fluggastzahlen und eine Aufnahme weiterer attraktiver Ziele in den Flugplan müssen möglich sein. Dabei sind die Aspekte des Umwelt- und Lärmschutzes zu berücksichtigen.

Die Ausbaupläne für die **Bundeswasserstraße Neckar** sind zu begrüßen. Wir wollen Binnenschifffahrt stärker als bisher insbesondere für den Massengüterverkehr nutzen.

Es war ein Fehler, viele der früheren **Industriegleise** unter Kostengesichtspunkten aufzugeben. Der direkte Anschluss an die Bahn kann für ein Unternehmen auch ein Standortvorteil sein und dazu beitragen, mehr Güter auf die Bahn zu verlagern. Deshalb müssen die noch vorhandenen Industriegleise soweit wie möglich erhalten bleiben. Die Anschlüsse können auch nicht direkt angebundenen Unternehmen als Verladeort zur Verfügung gestellt werden.

Trotz der schwierigen Topographie Stuttgarts hat sich der Radverkehr positiv entwickelt. Wir wollen dies durch den **Bau weiterer attraktiver Radwege** unterstützen und sehen Schwerpunkte in den die Stadtteile verbindenden Achsen und der Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer in den Stadtteilen selbst.

Die Kommunen sind mit der Finanzierung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur nachhaltig überfordert. Deshalb dürfen **Bund und Länder** auch zukünftig nicht aus der **Verantwortung für den Straßenbau und den öffentlichen Nahverkehr** entlassen werden.

Wir wollen in Stuttgart auf eine **umweltfreundliche Mobilität** hinwirken. Dazu gehören folgende Ziele und Maßnahmen:

- die Verkehrsströme durch eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung minimieren
- den nicht-motorisierten und öffentlichen Transport fördern
- das Mobilitäts-Management ausbauen
- die Reduzierung von Treibstoffverbrauch und Emissionen unterstützen
- das öffentliche Bewusstsein für nachhaltige Mobilität stärken

Umweltschutz und Raumplanung in Stuttgart

Die Globalisierung der Wirtschaft, der Wettbewerb der Metropolregionen, aber auch demografische Entwicklungen, eine Zunahme der beruflichen Mobilität und ein geändertes Reise- und Freizeitverhalten der Bevölkerung sind einige der Faktoren, die zu einer starken Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen geführt haben und weiterhin führen werden. Um die **natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu bewahren**, sind breit gefächerte und umfangreiche Anstrengungen und Maßnahmen notwendig.

Die **hiesige Stadt- und Landschaftsstruktur** ist vielfältig, in Teilbereichen einzigartig - beispielhaft seien die Mineral- und Heilwasserquellen von Stuttgart-Bad Cannstatt und Stuttgart-Berg genannt. Prägend ist die wechselhafte Topografie, die mitverantwortlich für eine schwierige stadtklimatologische Situation ist (Stuttgarter Talkessel). Einer Verschlechterung der Luftqualität muss entgegengewirkt werden, damit das Leben in der Stadt lebenswert bleibt. Schließlich ist in einer Großstadt wie Stuttgart sorgsam mit den nur begrenzt vorhandenen Flächen umzugehen. Eine verantwortungsvolle Raumplanung darf vor Gemarkungsgrenzen nicht Halt machen.

Die hiesige **Stadt- und Landschaftsstruktur** hat unschätzbare Vorteile und damit Alleinstellungsmerkmale: Wirtschaftsstärke, vielseitiges kulturelles Erbe und erlebnisreiche Kulturlandschaften. Intakte Landschaft ist als grüne Infrastruktur ein Beitrag der Ökologie zur Standortsicherung.

Der Umweltschutz umfasst schwerpunktmäßig das Flächenmanagement, die ökologische Aufwertung und den kommunalen Klimaschutz. Unsere Ziele und Forderungen sind daher:

Flächenmanagement:

- Obwohl zu erkennen ist, dass nennenswerte Flächen in absehbarer Zeit brach liegen, werden parallel immer noch Wohn- und Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“ ausgewiesen. Es gilt, Altlasten von Morgen in Form von Gewerbegebieten von heute zu vermeiden. Das **Flächenmanagement** und nicht die Neuausweitung erhält zukünftig Priorität.
- Es sind zudem Konzepte für das Landschaftsmanagement erforderlich. In der Großstadt ist eine weitsichtige und umweltschonende **Stadtplanung** entscheidend. Die Vermeidung von neuem Landschaftsverbrauch ist durch Flächenrecycling und Belebung der Innenstädte möglich. Eine stärkere Berücksichtigung der Zielebenen Ökonomie, Ökologie und Soziologie beim Städtebau ist erforderlich.
- Für die Luftzufuhr des Stuttgarter Talkessels und die städtebauliche Gestaltung haben die Halbhöhenlagen eine besonders wichtige Bedeutung. Deshalb sind diese schützenswert. **Frischluftschneisen**

müssen erhalten werden. Gerade für die im Talkessel lebenden und/oder arbeitenden Menschen soll eine weitere Bebauung unserer Halbhöhenlagen nicht erfolgen bzw. nur dort geschehen, wo eine solche Bebauung klimatologisch ohne Einschränkung vertretbar ist.

- **Ausgleichsmaßnahmen** sollen möglichst zeitgleich und auch im Umfeld der den Ausgleich auslösenden Tatbestände erfolgen. Sofern dies ausnahmsweise tatsächlich nicht realisierbar ist, sollen die Ausgleichsmaßnahmen zumindest auf Stuttgarter Gemarkung erfolgen.
- Auf kommunaler Ebene bedarf es der **Erhebung von Daten über den Bevölkerungswandel**, damit eine verlässliche langfristige Planungsgrundlage vorliegt. Ohne entsprechende Daten spielen viele Kommunen weiterhin planerisches "Russisch Roulette".

Ökologische Aufwertung:

- Renaturierung des Neckarufers, stärkere Vernetzung des Neckars mit den Talhängen, Freiraumerhaltung, Schaffung von **Naturräumen, Erholungszonen und Naturerlebnisbereichen**.
- Landschaftsökologische und städteplanerische **Aufwertung des Neckartals**. Entwicklung des Neckars (auch außerhalb Stuttgarts) als internationale Marke.
- Erweiterung des **"Grünen U"** über Killesberg und Kräherwald hinweg.
- Aufrechterhaltung des besonderen **Schutzes der Mineralwasser- und Heilwasserquellen** von Stuttgarter-Bad Cannstatt und Stuttgart-Berg
- Städteplanerische **Aufwertung von Straßenzügen** durch entsprechende Grüngestaltung, z. B. Boulevardpflanzungen und damit einhergehende Gestaltungen für die Theodor-Heuss-Straße.
- Sicherung von **Grünflächen in der Stadt** als Naturerlebnisräume, Anlage weiterer Wasserflächen im städtischen Raum.
- Im Rahmen der nachhaltigen Bildung und Gewaltprävention: **Schaffung von mehr Natur-, Erlebnis- und Erfahrungsräumen** für Kinder und Jugendliche.
- Ausweisung von **Natur- und Überlebensinseln** und Renaturierung der Wasserläufe auf Stuttgarter Gemarkung.

Kommunaler Klimaschutz:

- Angebot von Parkhäusern zum Umsteigen auf die S-Bahn und andere Bahnen im Rahmen eines **neuen ÖPNV-Konzepts**. Parkhäuser sollten dort angeboten werden, wo regelmäßig Staus entstehen und nicht dort, wo die Flächen leicht zu erwerben sind.
- Fördermaßnahmen zur **Sanierung des Altbaubestandes** als Beitrag zur Klimavorsorge (dies hat zudem positive Auswirkungen zur Stärkung des lokalen Handwerks).
- Nutzung und Ausbau der **Integrierten Verkehrsleitzentrale** zur umweltgerechten Verkehrssteuerung und -lenkung.
- Ausstattung **"intelligenter Straßen"** zur Steuerung der Geschwindigkeit
- **Einsparen von Energie**, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind die tragenden Säulen des Klimaschutzes
- Aufklärung und **Öffentlichkeitsarbeit** im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes.
- Fortführung und möglichst finanzielle Ausweitung des **Stuttgarter Dachbegrünungsprogramms**, mit dem in der Stadt Stuttgart extensive und intensive Dachbegrünungen bezuschusst werden.

Sicheres Stuttgart

Stuttgart ist zu Recht als besonders **sichere und saubere Großstadt** renommiert; dies ist Teil seines positiven Images und seiner hohen Lebensqualität. Im Zeitalter der Globalisierung, der offenen Grenzen für Menschen, Waren und Dienstleistungen wächst die Bedeutung der öffentlichen Sicherheit für Lebensqualität, Gemeinschaftsleben und Wirtschaftsstandort. Generell begünstigen Großstädte durch ihre Anonymität das Begehen von Straftaten. Innerhalb von 14 Jahren tauscht sich rein rechnerisch die komplette Stuttgarter Einwohnerschaft durch Zu- und Wegzug aus.

Trotz Globalisierung und Internationalisierung haben knapp **60 Prozent aller Straftaten in Stuttgart einen lokalen Bezug**. Die Ursachen liegen überwiegend im örtlichen und persönlichen Bereich. Zwar liegt die Kriminalitätsquote bei Ausländern und Aussiedlern höher als bei der deutschen Bevölkerung, vergleicht man jedoch die sozialen Schichten, den Grad der Integration und die Perspektiven unserer Gesellschaft, so wird deutlich, dass die Kriminalitätsquote vor allem von den Zukunftschancen des Einzelnen abhängt. Je besser die Integration in Gesellschaft und Beruf gelingt, desto geringer ist die Gefahr des Abgleitens in Kriminalität. Weiterhin gilt, dass die beste Kriminalpolitik eine gute Sozialpolitik ist.

Auch die Sicherstellung von **Brandschutz** und rettungsdienstlicher Versorgung in Stuttgart zeichnet ein „sicheres Stuttgart“ aus. Mit mehreren hundert Hauptberuflichen und freiwilligen Helfern wird dies derzeit in Stuttgart gewährleistet. Auch bei Großveranstaltungen helfen Mitglieder dieser Organisationen ehrenamtlich mit und tragen so maßgeblich zur Sicherheit der Bevölkerung bei.

Stuttgart ist eine **sichere Großstadt**, deshalb aber auch sehr sensibel bei kleinsten Veränderungen der Sicherheitslage. Die Herausforderung ist, das bisherige Sicherheitsniveau auch für Stuttgart 2020 zu halten.

Forderungen:

- **Alltagskriminalität** (Vandalismus, Ladendiebstahl, Graffiti) beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und ist **konsequent und ortsnah zu bekämpfen**. Die vorhandenen Ängste in der Bevölkerung müssen ernst genommen und durch Aufklärungsarbeit objektiviert werden.
- **Kriminalprävention** als gesamtgesellschaftliche Aufgabe behält auf Dauer eine hohe Bedeutung. Ein massiver Rückgang der Kriminalitätsbelastung ist in naher Zukunft nicht realistisch.
- In Zusammenarbeit mit Schulen, div. Einrichtungen für Jugendlichen und der Polizei ist ein Ausbau der Präventionsarbeit wie z.B. zum Thema Alkohol- und Drogenmissbrauch von Jugendlichen unerlässlich.
- Um gezielte Maßnahmen zu entwickeln sind unsere Bürgerumfragen durch repräsentative **Befragungen von Migranten und Jugendlichen** in Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen zu ergänzen. Alle daraus gewonnenen Erkenntnisse müssen mit einem ganzheitlichen Ansatz in die Strategie der Kriminalitätsbekämpfung einbezogen werden.
- Die **ursachenorientierte Bekämpfung** der Kriminalität muss im Vordergrund stehen; das bedeutet, dass auch in Zukunft für gute Rahmenbedingungen in der Stadt gesorgt werden muss (Bildung, Arbeit, Integration, Soziales).
- Eine **gut ausgerüstete und personell ausreichend ausgestattete Polizei** muss vorgehalten werden, damit sie ihren Aufgaben im repressiven und präventiven Bereich gerecht werden kann. Der Polizist vor Ort ist Ansprechpartner für die Bürger.
- Das **Sicherheitskonzept der Landeshauptstadt** hat sich bewährt und kann weitergeführt werden durch: Hohe Polizeipräsenz, konsequentes und niederschwelliges polizeiliches Eingreifen und einer an den Ursachen von Kriminalität ansetzenden Präventionsstrategie durch die Gemeinschaftsinitiative "sicheres und sauberes Stuttgart".
- Da Kriminalität vor allem vor Ort entsteht, muss sie auch vor Ort bekämpft werden, neben den Polizeirevieren durch die in Stuttgart gegründeten **Sicherheitsbeiräte**. Sie müssen in den 23 Stadtteilen Stuttgarts stärker in die Präventionsarbeit eingebunden werden.
- Im **öffentlichen Personennahverkehr** sollen Sicherheit und Sicherheitsgefühl verbessert werden. Ein Gesamtkonzept von SSB, VVS, Polizei und BGS muss entwickelt werden mit den Elementen Polizeistreifen, Wachdienst, Aufklärung, Verbesserung der Videoüberwachung und Förderung der Zivilcourage.
- Sicherstellung einer guten und **modernen Ausrüstung** von Feuerwehr und Rettungsdienst.
- **Sicherheit für Kinder:** Stuttgart hat sich zum Ziel gesetzt, die kinderfreundlichste Stadt in Deutschland zu werden. Hierzu gehört die Sorge um die Sicherheit unserer Kinder gegen die Gefahren im Verkehr. Um Schulwegunfälle und Kinderunfälle im Straßenverkehr nachhaltig auf unserem niedrigen Stuttgarter Niveau zu halten, sind verstärkte Anstrengungen in folgenden Bereichen notwendig: Verkehrserziehung bereits im Kindergarten, Training aller Schulanfänger durch die Polizei mit Erwerb des Stuttgarter "Kinderfußgängerscheins", Aktion Sicherer Schulweg mit Schulwegeplanung für alle Grundschulen sowie Erwerb des Fahrradführerscheins für alle Viertklässler in unseren Verkehrsschulen durch Erlernen von Verkehrsregeln beim Radfahren
- Gewährleistung einer guten und modernen **Ausbildung der vielen ehrenamtlich Tätigen** im Feuerwehr- und Rettungsdienst.

Stuttgart in der Region

Die Landeshauptstadt Stuttgart besteht aus 23 Stadtbezirken mit rund 590.000 Einwohnern. Zusammen mit den 5 Landkreisen Esslingen, Ludwigsburg, Böblingen, Göppingen, und Rems-Murr bildet sie die **Region Stuttgart**. In den 179 Städten und Gemeinden der Region Stuttgart leben derzeit 2,66 Millionen Einwohnern. Mit 722 Einwohnern pro Quadratkilometer ist die Region Stuttgart der am höchsten verdichtete Ballungsraum in Deutschland.

Zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, Verbesserung der regionalen Infrastruktur und zu einer besseren Positionierung der Kernregion des Landes im internationalen Wettbewerb mit anderen Regionen wurde 1994

vom Landtag der **Verband Region Stuttgart** mit seiner direkt gewählten **Regionalversammlung** geschaffen. Darüber hinaus definiert der Landesentwicklungsplan die Region Stuttgart ergänzt um die Räume Reutlingen/Tübingen und Heilbronn als **Europäische Metropolregion**, die zwischen 3,5 und 3,6 Millionen Einwohner umfasst.

In Zukunft muss sich Stuttgart messen lassen an anderen europäischen Metropolregionen mittlerer Größe (Madrid, Barcelona, Rom, Stockholm, Mailand, Turin, Lyon, Glasgow, München oder Frankfurt). Bei der dezentralen Struktur, die der Region Stuttgart eigen ist, gelingt dies nur, wenn die Stadt Stuttgart, die Region Stuttgart und die angrenzenden Partner projektbezogen gut zusammenarbeiten.

Schon jetzt sind wichtige **Infrastruktureinrichtungen** verteilt auf mehrere Kommunen in der Region (Güterverkehrszentrum Kornwestheim, Flughafen / Messe auf den Fildern). In Zukunft wird eine interkommunale Zusammenarbeit von immer größerer Bedeutung werden, um die Attraktivität des Lebensraumes Region Stuttgart zu erhalten und zu verbessern.

Hierbei soll aber die **Dezentralität und Vielfalt** der Region erhalten bleiben. Die einzelnen Gemeinden und Kommunen sind heute noch erkennbar und voneinander abgegrenzt. Sie sind in der Regel sozial sehr gut durchmischt und weisen durch den Identitätscharakter ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement vor Ort auf. Ein durchgehendes Siedlungsband entlang Neckar und Fils oder ein „Siedlungsbrei“ ist trotz starker Auf-siedlung und Flächenverbrauch zum Glück noch nicht entstanden. Dies muss auch in der Zukunft verhindert werden und der Flächenverbrauch muss zukünftig spürbar reduziert werden.

Durch das hervorragende Arbeitsplatz- und Bildungsangebot aber auch durch die hohe Lebensqualität von Stadt und Region fühlen sich die Menschen hier wohler als in jeder anderen deutschen Großstadregion.

Die polyzentrische Struktur der Region Stuttgart führt zu einer **hohen Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Heimatstädten** nach innen – umgekehrt muss sich die Region Stuttgart national und international einheitlich und besser darstellen als bisher.

Forderungen:

- Wenn Stuttgart und seine Region ihrer Bedeutung als Industrie-, Technologie- und Wissensmetropole dauerhaft gerecht werden wollen, muss die **regionale Zusammenarbeit verbessert** werden.
- Die **Infrastruktur** ist auf die Bedürfnisse von 2,7 Mio. Menschen der Region Stuttgart leistungsgerecht und gemarkungsübergreifend auszulegen.
- Die projektbezogene Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Metropolregion ist zu verbessern. Die vorgesehene Bildung eines **Koordinierungsausschusses europäische Metropolregion Stuttgart** wird deshalb begrüßt.
- Die Individualität der **Wohnorte als dezentrale Quartiere** (neighbourhoods) müssen erhalten werden, weil diese zur hohen Zufriedenheit der Bevölkerung führt. Maßnahmen sind z. B. eine Stärkung der Wohnqualität mit neuen Wohnformen sowohl im städtischen wie im ländlichen Kontext. Führungskräfte aus aller Welt benötigen auch qualitativ hochwertige Wohngebiete. Durch Bürgerzentren in den Stadtteilen sollen Dienstleistungen des täglichen Bedarfs vor Ort erbracht werden können.
- Förderung der inneren Integration durch Weiterentwicklung und **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur** auf Schiene und auf Straße sowie **Regionalisierung von übergeordneten regional bedeutsamen Infrastrukturen**.
- **Natur und Erholungsräume** sind besser miteinander zu **vernetzen**.
- Mit **Grünzäsuren** ist das Zusammenwachsen von Siedlungen zu vermeiden.
- Verbesserung der **internationalen Ausstrahlung** durch gemeinsame Auftritte der Region und ihrer Städte und Gemeinden nach außen.
- Die **Führungsrolle der Stadt Stuttgart** im Schulterschluss mit dem Verband Region Stuttgart muss stärker wahrgenommen werden.

Entscheidende Weichenstellung: Stuttgart 21 – Baden-Württemberg 21

Stuttgart 21 ist das Tor der Metropolregion Stuttgart in die Welt: Die globale Gesellschaft und die globale Wirtschaft agieren über Netzwerke, in denen Großstädte und ihre Metropolregionen die Schnittstellen sind. In den Knotenpunkten begegnen sich Finanz- und Produktionskräfte. Die Metropolregionen erfüllen **Türöffner-**

funktion: Sie sind das Tor zur Welt. Seit dem Mittelalter sind Städte Motoren der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Projekt Stuttgart 21 besteht aus drei Komponenten:

1. dem **Fernverkehrsprojekt**, das Stuttgart in die Magistrale für Europa (von Paris nach Budapest) einbindet;
2. dem **Regionalverkehrsprojekt**, mit dem die starken lokalen Zentren wie Heilbronn, Schwäbisch Hall, Tübingen, Neue Messe und Flughafen schneller zu erreichen sind;
3. dem **Projekt der Stadt- und Regionalentwicklung**, bei dem in zentralster Lage in Stuttgart rund 100 ha Gelände für hochwertige Dienstleistungen und Wohnen bereitstehen. Das Güterverkehrszentrum Kornwestheim vollendet die Türöffner-Infrastruktur.

Stuttgart 21 hat für unsere Stadt enorme Bedeutung. Mit Stuttgart 21 vergrößert sich die in einer Zeitdistanz von ca. 45 Minuten vom Hauptbahnhof erreichbare Einwohnerzahl von 2,5 auf 3,5 Mio. Menschen, das sind ein Drittel aller Baden Württemberger. Stuttgart wird die City in der Mitte Baden Württembergs, nicht nur der Region. Ebenfalls werden die Filder mit der Neuen Messe und dem Flughafen besser erreicht. Das bahnhofsnahe Kerngebiet Stuttgarts kann höchstrangige Dienstleistungsfunktionen für einen um ca. 30 % größeren Einzugsbereich aufnehmen.

Von noch größerer Relevanz sind aus Sicht der Kommune und der Einwohnerschaft Stuttgarts die entstehenden neuen und breiten Möglichkeiten der Stadtentwicklung. Durch die topografische Lage des Talkessels ist eine Expansion des urbanen Zentrums nicht anders möglich. Durch die Tieferlegung der Gleise entsteht eine völlig neue städtische Fläche, die vielfache Möglichkeiten des Arbeitens, Wohnens, Einkaufens, des Lebens, Erholens und der Freizeitgestaltung schafft und damit für eine erhebliche Qualitätssteigerung des Lebens in Stuttgart sorgt. Die dafür notwendigen Bauarbeiten in der Stadt und die entstehenden Belastungen für die Bürger sind nicht zu leugnen; die Einschränkungen sind jedoch vorübergehend und der Mühe wert. Am Schluss werden alle Bürger von den Vorteilen aus Stuttgart 21 deutlich profitieren.

Während dem Verkehrsprojekt breit zugestimmt wird, stellen sich für die städtebauliche Gestaltung der bisherigen Gleisanlagen neue Herausforderungen.

Forderungen:

- Auf dem bisherigen Gelände A1 liegt 2020 das „Europa-Quartier-Stuttgart“. In den Erdgeschossflächen sind vorwiegend Nutzungen mit öffentlich zugänglichem Charakter (Läden, Galerien, Gastronomie, Bars) eingerichtet; hierdurch wird das Quartier tags wie abends belebt. Es ist ein hochwertiges Dienstleistungsquartier mit internationalem Anspruch.
- Auf den Gebieten A2 werden entlang dem ausgedehnten Stadtpark hochwertige Wohnungen gebaut. Im Gebiet B und C wird bei den Bebauungsplänen die unterschiedliche Körnung des bestehenden Nordbahnhofviertel und des Europa-Quartier einbezogen. Dabei wird auch auf eine gute soziale Mischung Wert gelegt, um die Bevölkerungsstruktur im bestehenden Wohnquartier Nordbahnhof halten zu können.
- Eine weltoffene Stadt benötigt unterschiedliche, moderne Wohnformen. Es bietet sich in dem Areal die Chance für eine Bauausstellung ähnlich der Weißenhofsiedlung am Killesberg an.
- Durch das Verkehrsprojekt Stuttgart21 erweitert das Oberzentrum Stuttgart sein Einzugsgebiet auf 3,5 Mio. Menschen. Deshalb ist auch eine Stärkung der unterschiedlichen Einkaufsstandorte in Stuttgart durch neue Einzelhandelsgeschäfte vertretbar, ohne dass der bestehende Einzelhandel in der Innenstadt hierunter starke Einbußen erleiden müsste.
- Während der Bauzeit von Stuttgart – Baden-Württemberg 21 ist es besonders wichtig, die in den letzten Jahren gewonnene Attraktivität Stuttgarts durch überregional bedeutende Kulturangebote und Sportereignisse zu sichern und weiterzuführen.

Stuttgart 2020 – modernes Image für Stadt und Region

Stuttgarts Image variiert je nach Standpunkt des Betrachters. Die heimische Bevölkerung attestiert ein hohes Zufriedenheitsniveau und nimmt die Stadt als Auto- und Kulturstadt wahr. Heimische Unternehmer sehen eine Wirtschaftsregion mit Zukunft. Ein „Wir-Gefühl“ der Region als Bezugsraum ist noch nicht vorhanden.

In der bundesweiten Wahrnehmung besitzt Stuttgart vor allem das Image eines technischerorientierten, wirtschaftsstarken **Produktionsstandortes mit Konzentration aufs Automobil** mit einem langsam wachsenden urbanem Flair. Im „Fernblick“ wird Stuttgart auf seine Stadtgrenzen reduziert.

Stuttgart und seine Region sind gut - aber es ist nicht bekannt, in welcher Qualität und welcher Breite. Die Internationalität der Region Stuttgart erreicht in Teilbereichen wie der Exportquote der Wirtschaft oder dem Anteil der ausländischen Bevölkerung internationales Spitzenniveau. Als Automobilstandort hat sie weltweite Bedeutung und ist im Fahrzeug- und Maschinenbau international bekannt. Stuttgart verfügt daher in Teilbereichen über große Stärken, aber diese Stärken besitzen noch nicht die notwendige Breite und Durchschlagskraft, um die Region in der Wahrnehmung eines internationalen Betrachters deutlich und positiv zu positionieren. Stuttgart liegt im Zentrum Europas, aber es droht in der internationalen Wahrnehmung von den starken Nachbarräumen (Zürich, München, Frankfurt) überlagert zu werden.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem dadurch sich ab ca. 2010 abzeichnenden scharfen **Konkurrenzkampf der Regionen** bei der Anwerbung junger, hochqualifizierter Arbeitskräfte sind weitere große Anstrengungen nötig - einerseits zur Erhöhung der Attraktivität, andererseits bei der gezielten Vermarktung der zweifellos vorhandenen Qualitäten der Stadt.

Forderungen:

- Stuttgart muss sich darauf konzentrieren, sein **Profil besonders auf europäischer und internationaler Ebene** zu schärfen.
- Durch besonderes Herausstellen der Kernkompetenz im international wichtigen Bereich **Mobilität** soll ein **europaweit führender Industrie- und Dienstleistungs-Cluster** geschaffen werden. Unsere Zukunft sind Problemlösungscluster, die Handwerk, Forschung und Dienstleistung einbeziehen. Kleine und große Unternehmen sind dabei ebenso gefragt wie die Forschungs- und Entwicklungsinstitute. Dies umfasst auch hybride Antriebe. Unternehmen in diesem Bereich sollen angeworben werden.
- Die Etablierung der Stadt als weltweites **Kompetenzzentrum für Design und Gestaltung im Zusammenspiel mit Hochtechnologie** ist notwendig. Stuttgart besitzt eine einzigartige Tradition mit weltweit tätigen Ingenieuren, Architekten sowie Industrie- und Automobildesignern.
- Eine führende europäische oder internationale **Institution** soll angesiedelt werden. Ebenso bemüht sich die Stadt um internationale Kongresse.
- ein Schwerpunkt der internationalen Wirtschaftskontakte Stuttgarts ist **Indien**. Wir wollen diesen Schwerpunkt weiter ausbauen und die Beziehungen intensivieren.
- Die Politik der Stadt muss die weichen **Standortfaktoren** (Kultur, Sport, Wohlfühl- und Badestadt) fördern – z.B. auch Stuttgart als Bäderstadt mit seinen Mineralquellen besser herausstellen - und die problematischen Faktoren (Wohnen und Verkehr) lösen.
- Ein **integriertes Standortmarketing** für Stuttgart und Region ist weiterhin notwendig.
- Die Region braucht ein **"Label"**, unter dem Industrie und Kultur auftreten können, auch gemeinsam.
- Imagepolitik muss bedenken, dass in der Mediengesellschaft Menschen die Botschaften transportieren, also **personalisieren**.

Stuttgart kann zudem seine **Rolle als Landeshauptstadt** stärker herausstellen als bisher und damit für sich werben. Dazu gehört eine entsprechende Präsentation sowie die bleibende Präsenz von Landesbehörden in der Stadt.

Mitglieder der Perspektivkommission „Stuttgart 2020“

Christine **Arlt-Palmer** (Regionalrätin, Vorsitzende der Frauen-Union Stuttgart), Dr. Peter **Bechstein** (Rechtsanwalt, Mitglied im Kreisvorstand), Helmut H. **Bohnenstengel** (Unternehmenssprecher der E. Breuninger GmbH & Co.), Dipl.-Ing. Thomas **Bopp** (Regionalpräsident, Architekt, stv. Kreisvorsitzender), Prof. Dr. Helmut **Digel** (Universität Tübingen), Tankred **Eckert** (Freier Architekt, Dipl. Ing.), Michael **Föll** (Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Landtagsabgeordneter), Martin **Fritz** (Evangelischer Pfarrer für Diakonie, Initiator der Vesperkirche), Claus-Peter **Hutter** (Leiter der Akademie für Umwelt- und Naturschutz Baden-Württemberg, Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe), Dr. Timo **John** (Kunsthistoriker, Stellv. Vorsitzender des Schwäbischen Heimatbundes), Renate **Krausnick-Horst** (Vorsitzende des Stadtseniorenrates, Geschäftsführerin des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg i.R.), Andreas **Lapp** (Vorstandsvorsitzender Lapp Holding AG, Honorarkonsul Indien), Suzana **Lipovac** (Geschäftsführender Vorstand Kinderberg International e.V.), Dr. Reinhard **Löffler** (Stadtrat, Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt), Dr. Carl Philipp **von Maldeghem** (Intendant Altes Schauspielhaus und Komödie im Marquardt), Claus **Munkwitz** (Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart), Dr. Christoph **Palmer** (Minister a.D., Kreisvorsitzender, Landtagsabgeordneter, Unternehmensberater), Dr. Maria **Pfadt** (Rektorin Pestalozzi Grund- und Hauptschule), Dr. Martin **Schairer** (ehem. Polizeipräsident LPD Stuttgart II, Bürgermeister für Recht, Sicherheit und Ordnung der Landeshauptstadt Stuttgart), Thomas **Schwarz** (Amtsleiter Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart), Dr. Bernd **Steinacher** (Regionaldirektor Verband Region Stuttgart), Pater Johannes **Steinbach** (Pfarrer St. Georg, Dekan), Prof. Dr. Martin **Stohrer** (Rektor der Hochschule für Technik, Fachhochschule Stuttgart), Prof. Dr. Roderich C. **Thümmel** (Rechtsanwalt, Vorsitzender Stuttgart Regional Committee American Chamber of Commerce in Germany e.V.), Waltraud **Weegmann** (Geschäftsführerin Kind e.V., Geschäftsführerin Konzept Unternehmensberatung), Tobias **Zink** (Rechtsanwalt) / Redaktionelle Betreuung: Dr. Donat **Kluxen-Pyta**